

Protokoll der Parlamentssitzung

Montag, 18. Juni 2007, 19.00 - 23.15 Uhr, Aula Primarschule Liebefeld

Vorsitz: Caminada Ignaz, CVP

Anwesend:	Antenen Peter, FDP	Mäder Anna, SP
	Arm Alfred, SP	Maibach Urs, GB
	Balz Christian, FDP	Moser Hans, SVP
	Berlinger Annemarie, SP	Oester Daniel, jfk
	Bichsel Bernhard, jfk	Pestalozzi Hansueli, GB
	Bühler Evelyn, FDP	Remund Jan, GFL
	Burren Christian, parteilos	Rüeggsegger Elisabeth, SVP
	Egli Claudia, SP	Salvisberg Ueli, SVP
	Fischli Liz, GB	Salzmann Christoph, SP
	Graber Martin, SP	Schmid Hermann, SP
	Gysel Hermann, EVP	Sidler Rita, SP
	Hänni Thomas, FDP	Staub Hugo, SP
	Herren Thomas, FDP	Staub Stephanie, SP
	Hofer Niklaus, SVP	Streiff Marco, EVP
	Köhler Hanspeter, FDP	Stucki Mark, FDP
	Krebs Daniel, SVP	Troxler Elsbeth, SP
	Lagger Valentin, CVP	Wyss Ursula, GFL
	Lehmann Stefan, SVP	Zwahlen Rolf, EVP

Entschuldigt:	Henggi Harald, FDP	Stähli Markus, parteilos
	Matter Brigitta, SD	

Gemeinderat:	Mentha Luc, SP, Gemeindepräsident	Haudenschild Rita, GB
	Wilk Urs, FDP, Vizepräsident	Sedlmayer Katrin, SP
	Ackermann Judith, FDP	Studer Ueli, SVP

Entschuldigt	Streiff Marianne, EVP
--------------	-----------------------

Parlamentssekretärin: Fehlmann Anita

Protokoll: Spahr Ruth

1. Protokoll	103
2. Gemeinderechnung 2006 Genehmigung; Direktion Präsidiales und Finanzen	104
3. Verwaltungsbericht 2006 Genehmigung; alle Direktionen	111
4. Kreditabrechnungen Kenntnisnahme/Nachkredit; Direktion Präsidiales und Finanzen.....	117
5. Anbau Polizeigebäude Nachkredit; Direktion Gemeindebauten.....	118
6. Rechnungsprüfungsorgan / Revisionsstelle Antrag; Geschäftsprüfungskommission.....	121
7. Postulat FDP betr. Arbeitsausschreibungen in der Gemeinde Köniz Erfüllung und Abschreibung 0420; Direktion Gemeindebauten	123
8. Motion SVP betr. Finanzstrategie und Aufgabenüberprüfung Erfüllung und Abschreibung 0423; Direktion Präsidiales und Finanzen.....	125
9. Motion Mader SP/JUSO betr. Alkohol- und Tabakwerbeverbot Erstreckung der Erfüllungsfrist 0424; Direktion Planung und Verkehr	126
10. Motion Egli-Steiner SP betr. altes Schulhaus in Niederwangen Beantwortung 0626; Direktion Gemeindebauten.....	127
11. Motion CVP/EVP/LdU-Fraktion betr. Erotikbetriebe Beantwortung 0632; Direktion Planung und Verkehr	129
12. Motion jungfreisinnige köniz (jfk) betr. Anreize energiesparendes Bauen (Baureglement) Beantwortung 0633; Direktion Planung und Verkehr	130
13. Interpellation Mark Stucki FDP betr. Verbot elektronischer Geräte auf Könizer Schularealen - nicht durchdachte Hauruckübung? Beantwortung 0705; Direktion Bildung und Soziales.....	131
14. Verschiedenes	132

Begrüssung

Der Parlamentspräsident: Ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung. In der Vorbereitung zu dieser Sitzung wies ich darauf hin, dass unter Umständen eine Folgesitzung notwendig sei. Mehrere Parlamentsmitglieder haben mich in der Zwischenzeit angesprochen und darum gebeten, wenn immer möglich, nur eine Sitzung durchzuführen. Die Sitzungsleitung liegt zwar bei mir, wie lange wir jedoch über die einzelnen Geschäfte debattieren, liegt an Ihnen. Ich bin gerne bereit, heute bis 23.00 Uhr auszuhalten.

Appell

Der Appell ergibt die Anwesenheit von 37 Parlamentsmitgliedern. Das Parlament ist somit beschlussfähig.

Mitteilungen

Der Parlamentspräsident: Ich erhielt folgendes Schreiben: "Rücktritt aus dem Parlament per Ende Juni 2007. Sehr geehrter Herr Präsident, lieber Ignaz, liebe Parlamentarierinnen und Parlamentarier. Vor knapp neun Jahren wurde ich einer neuen Herausforderung gestellt. Ich durfte Einsitz nehmen in den damals noch alt genannten Grossen Gemeinderat von Köniz. Als Listenfüller ging ich damals auf die Wahlliste, konnte jedoch nach dem Rücktritt meines Vorgängers Heinz Gygax schneller als geplant im Rat Einsitz nehmen. Die Zeit verging im Fluge und ich durfte manches aus politischer Sicht lernen. Für mich war die Zeit im Parlament wie eine Weiterbildung. Da ich aus einer eher nicht politisch orientierten Familie kam, war Vieles für mich Neuland. Nun sehe ich viele Abläufe und Entscheide klarer. Schade ist, dass nur wenig gewerblich orientierte Parlamentarier im Rat vertreten sind. Letztendlich ist wahrscheinlich die mangelnde Zeit der Grund, dass sich nicht mehr Kleinunternehmer für politische Mandate zur Verfügung stellen. Aus demselben Grund war ich auch nie in einer Kommission vertreten. Nun beginnt ein neuer Lebensabschnitt ohne Politik. Ich hoffe, mit der/dem einen oder anderen Kollegin oder Kollegen noch im Zusammenhang mit dem Könizer KMU oder am Runden Tisch für die Integration jugendlicher Arbeitslosen in den Arbeitsprozess in Kontakt zu bleiben. Langweilig wird es mir sicher nicht. Meine Firma beansprucht mich immer noch mehr als genug. Anstatt an Fraktionssitzungen und Parlamentsdebatten teilzunehmen, habe ich hoffentlich etwas mehr Zeit, um mit meinem Grosssohn zu spazieren oder mit dem Mountainbike durch unsere schöne Gemeinde zu fahren. Ich danke allen für die gute Zusammenarbeit und die sachliche Diskussion. Ich wünsche eine ruhige, hoffentlich von schönem Wetter dominierte Sommerpause und einen guten Start in die zweite Jahreshälfte 2007. Mit freundlichen Grüssen, Thomas Hänni."

Lieber Thomas, für dein Engagement während der vergangenen neun Jahre danke ich dir bestens und hoffe, dass die neu gewonnene Freizeit möglichst lange nicht durch den Alltag beansprucht wird. Persönlich finde ich es schade, dass dem Parlament mit deinem Rücktritt ein Velobbyist verloren geht.

Herr Mark Stucki (FDP): Lieber Thomas, wir sind hier eine Art Farbkomposition mit einigen Grundfarben und ganz vielen Variationen. Alles ist vertreten und alle Parlamentsmitglieder tragen etwas zu diesem Gesamtbild bei. Du hast seit dem Januar 1999 mitgemalt. Du hast im wahrsten Sinne des Wortes, immer besondere Farbtupfer in unsere Politkomposition gebracht. Als Maler bist du vermutlich dazu prädestiniert. Als Gewerbler könnte man dich unter dem Titel Gewerbepolitiker einordnen. Das wäre jedoch völlig falsch, auch wenn dir die Anliegen des Gewerbes immer wichtig waren. Du bist jedoch viel mehr. Du bist im wahrsten Sinne des Wortes ein Liberaler. Für dich standen immer die Entfaltung und die Fähigkeiten des einzelnen Menschen im Vordergrund, aber auch die Verantwortung jedes Einzelnen. Als Politiker, aber auch als Unternehmer war es für dich selbstverständlich, Lernende auszubilden und jungen Menschen einen Platz zu geben, den man ihnen andernorts nicht geben wollte. Vielleicht könnten wir "neunmal Gescheiten" in diesem Rat, uns von der Praxis eines Gewerblers eine zünftige Scheibe abschneiden, dann wäre einiges wieder auf den Punkt gebracht. Gerade du bist einer, der immer für grundsätzliche und überraschende Diskussionen gut war. Über Kunst und Kultur, über Lebens- und Wohnformen, man könnte manches Mal gar von Visionen sprechen. Ich kann mich gut an deine Vision erinnern, die Velowege regensicher zu überdachen,

um die Leute wirklich zum Umsteigen zu bewegen. Wer weiss, vielleicht werden wir eines Tages soweit sein. Nun bist du in einem Alter, in welchem andere Väter werden, Grossvater geworden. Du hast dich darauf gefreut und willst deine Grossvaterpflichten in einem Mass übernehmen, dass mancher moderne Vater vor Neid erbleichen könnte. Ich kann dich gut verstehen. Wenn wir in den nächsten Monaten während langer Sitzungen draussen einen zufriedenen Mann mit grossem Hund und Kinderwagen vorbei spazieren sehen, wissen wir, das ist Grossvater Hänni. Wenn du deinem Enkel Geschichten von Farben und vom Malen erzählen wirst, soll dich dieses Bilderbuch ein wenig an uns erinnern. Lieber Thomas, ich möchte dir ganz herzlich für das Mitarbeiten am Gesamtkunstwerk Köniz danken und dir für die parlamentslose Zeit viel Farbe und Lebensfreude wünschen. (*Applaus*).

Der Parlamentspräsident: Als Nachfolger von Thomas Hänni wurde Herr Heinz Engi aus Niederscherli gewählt.

Ich erhielt ein zweites Schreiben: "Rücktritt aus dem Könizer Parlament. Sehr geehrter Herr Caminada, lieber Ignaz. Obwohl noch nicht ganz ein Jahr als Mitglied im Könizer Parlament, muss ich bereits wieder meinen Rücktritt per 30. Juni 2007 bekanntgeben. Die Arbeit innerhalb der SP-Fraktion und im Könizer Parlament hat mir viel Freude bereitet und mir auch viel gegeben. Durch eine berufliche Veränderung wird die Belastung ab dem Monat August in einem solchen Mass zunehmen, dass ich nicht mehr in der Lage bin, die erforderliche Zeit aufzuwenden. Mit freundlichen Grüssen, Hermann Schmid."

Lieber Hermann, wie du formuliert hast, konntest du nur kurze Zeit im Parlament Einsitz nehmen. Für deine Bereitschaft, politische Verantwortung zu übernehmen, danke ich dir. Ich wünsche dir für die berufliche Zukunft alles Gute und hoffe, dass du unsere Kommunalpolitik weiterhin mit grossem Interesse verfolgen wirst.

Herr Hugo Staub (SP): Lieber Hermann, ich danke dir herzlich für dein Engagement im Parlament von Köniz und für deine Mitarbeit in der Fraktion der SP. Wie bereits gesagt, war es ein leider nur kurzes Engagement. Wir hätten gerne noch einige Jahre mit dir zusammen gearbeitet, denn die Zusammenarbeit war schön. Manchmal können jedoch nicht geplante berufliche Veränderungen einem geplanten politischen Engagement ein jähes Ende bereiten. Wir haben Verständnis für deinen Entscheid und freuen uns, dass du als Schulkommissionspräsident weiterhin in einer sehr wichtigen Sparte, auch für das öffentliche Leben in der Gemeinde Köniz und deren Zukunft, weiter arbeitest und deinen Beitrag leistest. Wir werden nach der Sitzung oder bei anderer Gelegenheit - falls es spät werden sollte - gerne mit dir auf eine gute Zukunft anstossen. (*Applaus*).

Der Parlamentspräsident: Die Nachfolge von Hermann Schmid ist noch nicht bestimmt.

Die Zeitschrift Berner Zeitung fragte mich im Vorfeld zur heutigen Sitzung an, ob sie ihre Fotosammlung des Könizer Parlamentes aktualisieren könne. Aus diesem Grund ist eine Fotografin anwesend. Auf Ihren Pulten liegt der neue Sitzungsplan auf. Im Nachversand wurden uns das Protokoll und die Liste der unerledigten Vorstösse zugesandt. Mit einem zweiten Nachversand erhielten wir die Zusammenfassung der Protokolle der Verwaltungsbesuche und die Geschäftskontrolle.

Die Traktandenliste wird genehmigt.

1. Protokoll

Herr Bernhard Bichsel (jfk): Sobald es um Geld geht, muss genau hingeschaut werden. Ich habe eine Korrektur zum Protokoll vom 7. Mai 2007, auf Seite 90 anzubringen: In meinem Votum werde ich wie folgt wiedergegeben: "Wir werden mithelfen, entsprechende Mittel zu sprechen, mache gleichzeitig jedoch darauf aufmerksam, dass unser Ja zu diesem Vorstoss kein Ja ist, unbeschränkt Mittel aus der Gemeindekasse in die Realisierung eines Velonetzes zu investieren." Ich habe jedoch Folgendes gesagt: "Wir werden mithelfen, Mittel eben in diesem Sinne zu sprechen." Diese Worte bezogen sich auf die Aussage, dass der Gemeinderat Mut zu Schwergewichtsbildung bewiesen und eine gesamtheitliche Verkehrsbetrachtung vorgenommen habe.

Frau Liz Fischli (GB): Nur ein kleiner Hinweis: Auf der Titelseite ist das Datum 7. Mai 2005 falsch. Richtig wäre 7. Mai 2007.

Mit diesen beiden Korrekturen wird das Protokoll der Sitzung vom 7. Mai 2007 genehmigt.

2. Gemeinderechnung 2006

Genehmigung; Direktion Präsidiales und Finanzen

Herr Valentin Lagger (CVP; GPK-Sprecher in Vertretung des abwesenden Harald Henggi): Ich darf mit diesem Votum Anlauf zu einem wahren Redemarathon nehmen und vertrete Harald Henggi in den Geschäften die Direktion Präsidiales und Finanzen betreffend. Die GPK wurde über die Gemeinderechnung 2006 detailliert ins Bild gesetzt. Die Mitglieder bedanken sich dafür. Die Idee des Gemeinderates, in regelmässigen Abständen dem gesamten Parlament eine solch detaillierte Vorstellung der Gemeinderechnung zukommen zu lassen, begrüessen wir und danken ihm im Voraus, wenn er dies in den nächsten Jahren vorsieht.

Nun zu den Themen, welche anlässlich der GPK-Sitzung behandelt wurden. Eingangs gebe ich bekannt, dass die externe Revisionsstelle die Gemeinderechnung 2006 zur Genehmigung empfiehlt. Der GPK liegen die Revisionsberichte sowohl von der externen Revisionsstelle wie auch von der internen Finanzkontrolle vor und wir erhielten dazu die Stellungnahme des Gemeinderates. Im Grossen und Ganzen werden die Bemerkungen zur Umsetzung angenommen. Wichtigstes Element ist jedoch, dass die Gemeinderechnung 2006 den gesetzlichen Anforderungen entspricht und wir sie heute genehmigen können.

Ich gehe auf die weissen Seiten ein: Zu Seite 1 wurde in der GPK die Frage gestellt, ob der Betrag von 200'000 Franken Infrastrukturkostenbeteiligung an der zweiten Spielstätte des Stadttheaters Bern wirklich eine einmalige Investition sei. Der Gemeinderat bestätigt dies. Die GPK stellte fest (Seite 2), dass das ordentliche Ergebnis - das Ergebnis ohne Berücksichtigung ausserordentlicher Erträge - nicht genügen würde, die harmonisierten Abschreibungen, notabene zum Sondersatz von 6 Prozent, zu decken. In diesem Sinne befand die GPK, sei die Rechnung 2006 bei Weitem nicht so gut wie dargestellt. Der Gemeinderat nahm diese Feststellung entgegen. Er bestätigte seine Freude über das gute Ergebnis und wies darauf hin, dass der Trend nun deutlich besser sei. Die GPK erwartet zu diesem Thema weitere Aussagen seitens des Gemeinderates. Im Bereich der Sozialhilfeausgaben (Seiten 4 und 5) ist in der Rechnung 2006 ein Rückgang festzustellen. Der Gemeinderat ist der Meinung, es handle sich wahrscheinlich (noch) nicht um eine Trendwende, sondern um lediglich leicht rückläufige Ausgaben. Offenbar, so mutmasst man, greifen nun die Massnahmen Beschäftigung und Integration, die in der kantonalen Sozialhilfe eingeführt wurden. Dieser leichte angepasste Trend in Bezug auf die Kosten sei im Finanzplan teilweise berücksichtigt. Die GPK erkundigte sich nach der Kennzahl "Bruttoverschuldungsanteil in Prozenten des Finanzvermögens" (Seite 15). Die Bruttoschulden setzen sich aus folgenden Elementen zusammen: 5 Millionen Franken kurzfristige Schulden, 175 Millionen Franken langfristige Schulden und 4,8 Millionen Franken aus Sonderrechnungen. Sonderrechnungen sind Spezialfinanzierungen, bei welchen die Gemeinde als Bank fungiert. Der gesamte Finanzertrag der Gemeinde Köniz beläuft sich auf 177,6 Millionen Franken, was zum ausgewiesenen Bruttoverschuldungsanteil von 104,05 Prozent führt. Das ist als mittelgut zu bezeichnen. Die GPK erkundigte sich weiter (Seiten 31 und 32), weshalb in der Liste der bewilligten Verpflichtungskredite Beiträge durch den Gemeinderat bewilligt worden waren, welche eigentlich in die Finanzkompetenz des Parlamentes gehören. Folgende Antworten erhielt ich heute Nachmittag vom Gemeindepräsidenten Luc Mentha: Bei den betroffenen Positionen handle es sich in den meisten Fällen um gebundene Ausgaben. Bei Infrastrukturgeschäften sei es absolut üblich, dass der Gemeinderat jene gebundenen Ausgaben beschliessen könne, die so oder so getätigt werden müssen. Weiter handelt es sich in einem Punkt um den Verpflichtungskredit für die RKK (Regionale Kulturkonferenz) und somit um Verträge, welche weder in der Kompetenz des Gemeinderates noch des Parlamentes liege, sondern in jene der Stimmbevölkerung. Im März 2007 wurden diese Verträge von der Stimmbevölkerung angenommen. Der Nachkredit für das Regenbecken Rehhag ist ein Ausführungskredit, der aufgrund eines vom Parlament bewilligten Rahmenkredites auch in der Kompetenz des Gemeinderates liegt.

Die GPK unterhielt sich ausführlich über den Finanzplan (Seiten 16 und 17). Die wichtigsten Fragen und Erkenntnisse: Weshalb spricht der Gemeinderat davon, eine mittelfristige Investitionsquote von 15 Prozent auszuweisen, zeichnet dies im Finanzplan jedoch nicht nach? Der Gemeinderat antwortete, diese Zahlen würden im Rahmen einer weiteren Finanzplanung noch

überprüft. Beim genauen Betrachten des Finanzplanes ist ersichtlich, dass bei den Steuererträgen von Juristischen Personen in den nächsten Jahren eine relativ erquickliche Steigerung stattfinden wird. Die GPK geht davon aus, dass diese Erträge - zu Recht - vorsichtig budgetiert wurden. Eine kleine Bemerkung noch zur geografischen Steuerpflicht von Juristischen Personen: Nach Auskunft des Gemeinderates ist für die Aufteilung von Steuererträgen von Firmen zwischen Gemeinden die Anzahl und Qualität der ortsansässigen Arbeitsplätze massgebend. Weiter wurde bemerkt, dass ab 2008 die Ausgleichszahlungen an den öffentlichen Verkehr ansteigen werden. Dies aufgrund eines angepassten Verteilschlüssels in der Folge des NFA (Neuer Finanzausgleich) auf eidgenössischer Ebene). Daraus entstehen für die Gemeinde Köniz Mehrkosten, jedoch keine Mehrleistungen, d.h. keine zusätzlichen Angebote.

Ich komme zum Schluss: Die KSF prüfte jene Bereiche der Rechnung, für welche sie zuständig ist und empfiehlt diese zur Annahme. Die GPK stimmte über die heute zu fällenden Beschlüsse einzeln ab und empfiehlt Ihnen mit 7 : 0 Stimmen, dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen.

Eintreten

Herr Hermann Gysel (EVP): Die CVP/EVP-Fraktion wird von Ziffer 1a - c der Rechnung 2006 Kenntnis nehmen und Ziffer 2 genehmigen. Ich weise darauf hin, dass es sich bei der Beratung der Rechnung im Parlament eigentlich um Vergangenheitsbewältigung handelt. Vergangenheit würde uns nicht interessieren, wenn sie uns nicht dabei helfen würde, in die Zukunft zu schauen und zu zeigen, wo Handlungsbedarf besteht. Beim Zurückschauen schliesst die Rechnung in gewissen Teilen dank Sondereinnahmen etwas besser; in anderen Teilen jedoch so schlecht wie prognostiziert. Beim genauen Betrachten der Rechnung 2006 ist festzustellen, dass - würden wir keine Sondereinnahmen generieren und nicht über einen vom AGR bewilligten tieferen Abschreibungssatz verfügen - ein Aufwandüberschuss von immerhin rund 5,5 Millionen Franken zu gewärtigen wäre. Das ist nicht erfreulich. Erfreulich festzustellen ist die Tatsache, dass verschiedene Firmen - wie z.B. die Swisscom - ihren Sitz in die Gemeinde Köniz verlegt haben. Beim Ausblick (Seite 17) ist ersichtlich, dass folgende Aufgaben zu bewältigen sind: Die Tilgung des Bilanzfehlbetrages, der Aufbau von Eigenmitteln in der Höhe von rund drei Steuerzehnteln sowie den Investitionsbedarf nicht zu vernachlässigen. Hier ist Handlungsbedarf notwendig. Ich möchte den Gemeinderat auffordern, dafür besorgt zu sein, dass die Investitionen im richtigen Rahmen getätigt werden, damit wir keine Investitionswelle vor uns herschieben. Zum Schluss möchte ich nicht nur all jenen danken, die an der Zusammenstellung der Rechnung gearbeitet haben, sondern auch allen, die mit ihren Entscheidungen für den guten Rechnungsabschluss 2006 besorgt waren. Ich fordere sie auf, weiterhin sparsam zu sein und die Gemeindeleistungen effizient zu erbringen.

Herr Stefan Lehmann (SVP): Die SVP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für die vorgelegte Rechnung 2006. Wir würdigen die Bemühungen des Gemeinderates in den letzten Jahren für den Abbau des Bilanzfehlbetrages. Wir stellen fest, dass der Bilanzfehlbetrag dank ausserordentlicher Erträge von insgesamt 8,8 Millionen Franken um 6,5 Millionen Franken abgeschrieben werden konnte und per 31. Dezember 2006 noch 383'450 Franken betrug. Dieses Ergebnis wurde infolge zusätzlicher Einnahmen aus dem Verkauf des Areals Dreispitz in der Höhe von 5 Millionen Franken und Aufwertungen von Liegenschaften erzielt. Wir stellen fest, dass sich die Steuereinnahmen gut entwickeln und dass im Sozialbereich rund 1 Million Franken eingespart wurde. Wir stellen aber auch fest, dass das Ergebnis aus der Laufenden Rechnung in der Höhe von 7,3 Millionen Franken vor Abschreibung nicht ausreicht, um die harmonisierten Abschreibungen - zum vom AGR bewilligten reduzierten Satz von 6 Prozent anstatt 10 Prozent - von 7,8 Millionen Franken zu decken. Das Defizit aus der Laufenden Rechnung beträgt somit immer noch rund eine halbe Million Franken. Daraus ist ersichtlich, dass noch viel passieren muss - auf Ertrags- wie Aufwandseite - wenn ohne ausserordentliche Erträge aus der Laufenden Rechnung ein wesentlicher Anteil Eigenkapital gebildet werden soll. Steuersenkungen sind bereits in aller Leute Mund. Die SVP-Fraktionsmitglieder sind sicher die Letzten, welche sich gegen Steuersenkungen wehren. Damit könnte vor allem die letzte vorgenommene Steuererhöhung an die Bevölkerung zurückgegeben werden. Wir geben jedoch Folgendes zu bedenken: Die Gemeinde Köniz hat im Bereich Erhalt von Infrastruktur einen Rückstand zu gewärtigen. Allein im Strassenbau wurden dringend notwendige Unter-

halts- und Reparaturarbeiten in der Höhe von rund 10 Millionen Franken zurückgestellt. Es ist nicht gut, der nächsten Generation einen Schuldenberg zu hinterlassen, jedoch eben so schlecht, eine schlecht unterhaltene Infrastruktur. Vom Kanton werden - wie gehört - neue Aufgaben in den Bereichen öffentlicher Verkehr und Soziales auf die Gemeinde Köniz zukommen. Wie genau diese neuen Ausgaben planbar sein werden, ist uns noch nicht bekannt. Aus diesen Gründen ist es unbedingt notwendig, dass die Grundlagen für eine allfällige Steuersenkung sauber erarbeitet werden. Ich denke, hier sind der Finanzplan, die Finanzstrategie und die Legislaturziele aufeinander abzustimmen. Auf keinen Fall darf es zu einer "Hüst-und-Hott-Politik" im Finanz- und Steuerbereich kommen. Die SVP-Fraktion nimmt zustimmend Kenntnis von der Rechnung 2006 und stimmt den Anträgen des Gemeinderates zu.

Herr Urs Maibach (GB): Wie bereits allgemein festgestellt, ist der Rechnungsabschluss 2006 gut und wir scheinen bereits per Ende 2007 - früher als geplant - den Bilanzfehlbetrag vollständig abbauen zu können. Dies nach vier Jahren höchster Bemühungen. Aber aufgepasst. Würden wir diese Bemühungen für den Abbau des Bilanzfehlbetrages mit einem Autorennen vergleichen, befänden wir uns zwar in der letzten Runde, aber immer noch nicht am Ziel. Ich glaube fest daran, dass es uns gelingen wird, den Bilanzfehlbetrag per Ende 2007 abgetragen zu haben. Der Abschluss der Rechnung 2006 ist gut und der Bilanzfehlbetrag konnte - bis auf den Rest von 383'450 Franken abgeschrieben werden. Aber, obschon unser Wagen gut funktioniert, wir sind noch nicht über die Ziellinie gefahren. Wir haben noch keine Siegesprämie verdient und können vor allem nicht schon an die nächsten Rennen denken. Es gibt noch keinen Grund, in irgendwelcher Form übermütig zu werden oder sogar zu jubeln. Bei einigen Punkten ist näher hinzuschauen. Der grosse Gewinn, der uns erlaubte, den Bilanzfehlbetrag so rasch abzubauen, wurde ausschliesslich durch ausserordentliche Erträge erreicht, d.h. im Speziellen durch den Verkauf des Dreispitzareals. Beim genauen Betrachten ist festzustellen, dass es nicht gelungen ist, sämtliche Abschreibungen vom ordentlichen Ertragsüberschuss in der Höhe von 7,3 Millionen Franken vorzunehmen. Auch sind im angepassten Finanzplan (Seite 17) die Bruttoinvestitionen mit rund 7,5 Prozent noch sehr tief angesetzt, d.h. rund die Hälfte jener 15 Prozent, welche die Gemeinde Köniz gemäss ihren Finanzkennzahlen (Seite 15) langfristig anstreben will.

Zusammengefasst heisst das für die GB/GFL-Fraktion: Wir sind erfreut über den guten Rechnungsabschluss 2006, jedoch der Meinung, die Finanzlage der Gemeinde Köniz muss in diesem und mindestens noch im nächsten Jahr konsolidiert werden. Wir müssen dranbleiben, ohne irgendwelche Schnellschüsse zu tätigen und uns den nötigen Handlungsspielraum erarbeiten. Wir werden die Rechnung gemäss den Anträgen des Gemeinderates annehmen und danken der Verwaltung und dem Gemeinderat für die gute geleistete Arbeit.

Herr Mark Stucki (FDP): 6,4 Millionen Franken besser abgeschlossen als budgetiert, ist eine fast hymnisch besungene Tatsache, welche die unterschiedlichsten finanzpolitischen Fantasien auslöst; gute und eher fragwürdige, inklusive Autorennen. Kommen wir jedoch zurück auf den Boden der Realität und betrachten die Rechnung 2006 genauer, sind - bei aller Freude über das gute Resultat - einige kritische Anmerkungen anzubringen. Zuerst eine praktische Bemerkung. In der Hochrechnung, welche uns der Gemeindepräsident Luc Mentha bei der Budgetdebatte im Dezember 2006 vorstellte, ging man von einem Ertragsüberschuss von rund 3,5 Millionen Franken aus; heute beträgt dieser gut 6,5 Millionen Franken. Eine Veränderung von über 3 Millionen Franken innert einiger Monate, während denen sich die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht grundlegend veränderten. Es gibt sicher gute Gründe für diese eigentlich positive Entwicklung. Es wäre jedoch der Transparenz und dem Verständnis dienlich, würden solche Veränderungen konsequent thematisiert und klar aufgezeigt, wo, weshalb und welche Parameterveränderungen eingetreten sind oder sich Annahmen nicht bestätigten. Diese Informationen müssen eher mühsam zusammengesucht werden. Die Rechnung 2006 beinhaltet ausserordentliche Erträge in der Höhe von über 8,8 Millionen Franken und ohne diese wäre kein Ertragsüberschuss zu gewärtigen, sondern nach Abschreibungen ein deutlicher Aufwandüberschuss. Die Rechnung hätte somit mit einem Minus abgeschlossen. Das gute Ergebnis kam nur dank ausserordentlicher Umstände zustande. Die Gemeinde Köniz hat demnach auch im Jahr 2006 über ihre Verhältnisse gelebt. Das dürfen wir nicht vergessen und deshalb hat unsere Fraktion - andere waren nicht so konsequent - beim letzten Budget darauf beharrt, dass die laufenden Ausgaben mit den regulären Einnahmen gedeckt werden können.

Wir werden dereinst froh darüber sein, dass die Könizer Finanzen damit auf den richtigen Weg gekommen sind. Wenn berücksichtigt wird, dass die Abschreibungssätze gegenwärtig infolge einer Ausnahmeregelung des AGR ausserordentlich niedrig sind, wird diese Feststellung noch gravierender. Das positive Ergebnis ist somit nicht primär ein Resultat von besonders gutem Wirtschaften unserer Gemeindemütter und -väter, sondern basiert in erster Linie auf den Einnahmen aus dem ausserordentlichen Ertrag bezüglich des Verkaufs des Dreispitzareals oder - aufgrund der guten Wirtschaftslage - auf gesteigerten Steuererträgen. Das ist Geld, welches die Gemeinde ihren Bürgerinnen und Bürgern und den erfolgreichen Unternehmen wegnimmt und nicht einfach Manna, das vom Himmel fällt. Sie, die Privaten und die Unternehmen, haben gut gewirtschaftet. In ihrer Schuld steht die Gemeinde Köniz heute. Bei der Rechnung 2006 hatte die Gemeinde zünftig Glück gehabt und konnte von einem idealen Umfeld profitieren. Mit Schulterklopfen sollte man deshalb eher vorsichtig sein. Unbestritten positiv ist sicher die Konsequenz daraus, dass der Bilanzfehlbetrag schon fast ganz abgebaut werden konnte. Das ist eine Herausforderung für die Zukunft. Betrachten wir die Zukunft, in welche wir mit der Finanzplanung einen ersten kleinen Ausblick erhalten. Eine Finanzplanung hängt immer ganz logisch von Parametern und Annahmen ab. Wird daran auch nur wenig geändert, kann das Resultat ein ganz anderes sein. Welche Annahmen werden hier gemacht? Aufwandseitig wird von einem weiteren Wachstum ausgegangen. Hier wird die Politik sicher ansetzen müssen. Automatismen beim Aufwandwachstum sind punktuell vorhanden, so beispielsweise beim erhöhten Beitrag für den öffentlichen Verkehr, und gewisse Schwerpunkte sollen gesetzt werden. Ein globales Aufwandwachstum ist nicht einfach gottgegeben, sondern immer ein Ausfluss unserer Politik. Im Rahmen des IAFP wird ein besonderes Augenmerk darauf gelegt werden müssen und dies vor allem beim Personalaufwand. Immer im Bewusstsein, dass ein besseres Ergebnis auch höhere Zahlungen in den Finanzausgleich zur Folge hat. Einnahmeseitig prognostizierte man - völlig zu Recht - höchst vorsichtig. Sogar unter diesen Restriktionen ist ersichtlich, dass relativ zügig - vermutlich bereits Ende dieses Jahres - ein "schöner Schüssel" Eigenkapital geäuft werden kann und somit Handlungsspielraum vorhanden sein wird. Wie dieser Handlungsspielraum genützt wird, darüber werden wir im Herbst aufgrund aktualisierter Zahlen eine politische Diskussion führen müssen. Bereits jetzt ist aufgrund von Rechnung und Planung klar, dass das Problem immer noch auf der Aufwandseite liegt. Wir dürfen nun keinesfalls in eine Begehrlichkeits- und Anspruchshaltung verfallen. Hier müssen klare Grenzen gesetzt werden, vor allem was die laufenden Ausgaben betrifft. Klar ist auch, dass die Gemeinde eine eiserne Reserve in Form von Eigenkapital braucht. Klar ist aber auch, dass die Gemeinde vor allem in der Schuld ihrer Steuerzahlenden steht und ihnen gegenüber verpflichtet ist, zügig ein Zeichen zu setzen.

Mit diesen Überlegungen wird die FDP/jfk-Fraktion der Rechnung 2006 zustimmen und den beantragten Nachkredit genehmigen.

Herr Christoph Salzmann (SP): Seit rund eineinhalb Jahren bin ich Parlamentsmitglied und darf bereits zum zweiten Mal zu einem guten Rechnungsergebnis Stellung nehmen. Das Rechnungsergebnis ist gut, auch wenn andere hier und da daran herumdiskutieren und -kritisieren mögen. Dies frei nach dem Motto: Wenn ein Sozialdemokrat Finanzvorsteher ist, kann es nicht gut herauskommen. Dort wo es möglich ist, hat die Gemeinde die Ausgaben im Griff. Der Personal- und der Sachaufwand befinden sich beide im Toleranzbereich von 2 bis 3 Prozent des Budgets; die Gründe für die Abweichungen können nachgelesen werden. Personal- und Sachaufwand nahmen, indexiert auf der Basis des Jahres 2000, sogar ab. Deshalb von der SP-Fraktion einen herzlichen Dank an den Finanzvorsteher, an den Gemeinderat und an die Verwaltung für die geleistete Arbeit. Der Bilanzfehlbetrag ist nun fast abgebaut und wird voraussichtlich Ende 2007 ganz abgetragen sein. Dies ohne die - angeblich strategische - Budget-Hauruckübung um 300'000 Franken vom letzten Dezember. Vergessen wir nicht, dass der Bilanzfehlbetrag infolge des FILAG entstanden ist. Das heisst, von aussen und nicht durch eine schlechte Rechnungsführung der Gemeinde. Er ist auch deshalb entstanden, weil seinerzeit das Parlament und die Bevölkerung der notwendigen Steuererhöhung nicht zustimmten. Die Finanzkennziffern haben sich ebenfalls verbessert. Sorgen macht mir nur noch der relativ tiefe Investitionsanteil. All dies ist ein Resultat - so die Meinung der SP-Fraktion - einer guten Finanzpolitik. Wenn wir heute nun am Ende des Tunnels stehen, wenden sich die Blicke selbstverständlich auf die Seiten 16 und 17 hin zum Finanzplan. Klar, die Ergebnisse auf Seite 17 basieren auf Annahmen zur Entwicklung von Indikatoren, und diese können noch ändern.

Trotzdem ist die Hoffnung berechtigt, dass wir finanzpolitischen Spielraum zurückgewinnen. Diesen gilt es klug auszunützen mit dem Ziel, die Attraktivität und die Lebensqualität in der Gemeinde zu verbessern. Der grosse Fortschritt in der Demokratie ist, dass die Steuern in Form von Dienstleistungen an die Bewohnerinnen und Bewohner zurückgehen. Sie sind nicht der "Zehnt", welchen die Bauern ins Schloss bringen mussten, damit sich die gnädigen Herren ein herrschaftliches Leben leisten konnten. Wir sind gespannt auf die Finanzstrategie des Gemeinderates. Wir von der SP-Fraktion erwarten, dass diese in vier Richtungen ausgelotet wird. Erstens der Aufbau von Eigenkapital, bzw. der Abbau von Schulden. Hier gehen wir mit der SVP einig. Es geht um Vorsorge für schlechte Zeiten. Wir wollen nicht wieder in einen Fehlbetrag hineinrasseln, sollte z.B. die Swisscom aus der Gemeinde wegziehen oder ein Konjunkturerinbruch erfolgen. Zweitens ist der Abbau des Investitionsstaus vorzusehen. Da und dort, z.B. bei Schulen, Kindergärten und bei einzelnen Strassenabschnitten, ist baulicher Unterhalt aufgelaufen. Wir wollen den nächsten Generationen keine vernachlässigte Infrastruktur hinterlassen. Noch anlässlich der Debatte im Dezember 2006 erklärte die SVP, locker 2,8 Millionen Franken vom Investitionsplan zu streichen. Wir begrüssen das Einlenken auf die Linie des Gemeinderates. Drittens geht es um das Bereitstellen von attraktiven Dienstleistungsangeboten. Im Blickpunkt stehen vor allem nachhaltige Dienstleistungen mit langfristiger Rendite, wie Leute aus der Wirtschaft sagen würden, d.h. Dienstleistungen, welche Steuerzahlende in die Gemeinde ziehen lassen oder anderswo Kosteneinsparungen generieren würden. Dann ist noch die Frage der Steuersenkung offen. Ich zitiere aus unserem Wahlprogramm 2005 "Leben in Köniz", Seite 30: "Eine Steuersenkung hat dann Platz, wenn sie finanziert ist. Dann wird auch die SP dafür eintreten." Was das genau heisst, tönte ich bereits an und ist auf der Internetseite der SP-Köniz nachzulesen. Eine Steuersenkung darf nie einzige Zielsetzung sein, auch wenn damit populistisch Wählerinnen und Wähler imponiert werden könnte. Preis und Qualität müssen stimmen. Ein alleiniges Preis- und Steuerdumping treibt die Gemeinde in den Ruin.

Die SP-Fraktion nimmt einstimmig zustimmend Kenntnis von Ziffer 1 und stimmt einstimmig Ziffer 2 des Antrages des Gemeinderates zu.

Herr Martin Graber (SP): Mark Stucki, eine kleine Replik: Den Steuerzahlenden wird kein Geld weggenommen, sondern hier handelt es sich um ein ausgehandeltes Abkommen. Einerseits werden die Steuern nach wirtschaftlicher Leistung bezahlt und andererseits erbringt das Gemeinwesen dafür demokratisch vereinbarte Leistungen.

Herr Daniel Oester (jfk): Auch die jungfreisinnigen haben Freude über diesen besseren Rechnungsabschluss als er budgetiert war. Dass wir diesen nicht ganz so positiv sehen wie Christoph Salzmann, wird ihn nicht erstaunen. Uns freut jedoch besonders, dass trotz der deutlichen Mehreinnahmen das Aufwandbudget vor den ausserordentlichen Abschreibungen eingehalten werden konnte. Trotzdem hat die Gemeinde aus unserer Sicht immer noch ein strukturelles Finanzproblem. Überall ist zu lesen, dass wir in der besten aller Welten leben, mit tiefen Zinsen und einer boomenden Wirtschaft. Trotzdem gelingt es uns trotz reduziertem Abschreibungssatz immer noch nicht, ein positives Rechnungsergebnis zu erwirtschaften oder Schulden abzubauen. Es geht den jungfreisinnigen nicht darum, schlechte Stimmung zu verbreiten oder zu stänkern, sondern wir haben uns bereits Ende der Neunzigerjahre - nicht erst nach unseren beiden letzten Klima-Vorstössen - dazu verpflichtet, nachhaltige Politik zu betreiben. Nachhaltig heisst eben auch nachhaltig im Bereich der Finanzen. Das sind wir unseren jungen und jüngsten Wählerinnen und Wählern schuldig. Weshalb? Es geht vor allem darum, unseren Handlungsspielraum in den nächsten Jahren zu vergrössern. Im Rahmen des REK (Raumentwicklungskonzept Köniz) sprechen wir strategisch visionär von einer Tramlinie nach Köniz oder von kürzerfristigen Vorhaben wie Brücken- oder notwendigen Schulhaus-sanierungen. Für die Finanzierung von langfristig strategischen und für kurzfristige Vorhaben, möchten wir eine solide Ausgangslage schaffen. Wenn wir bei den politischen Diskussionen in den nächsten Wochen und Monaten nicht das Augenmass verlieren, wäre das in unserem Sinn.

Herr Valentin Lagger (CVP): Neulich ertappte ich mich dabei, extrem eitel zu sein. Denn ich freute mich zu hören, dass die Presse heute Abend die Parlamentsmitglieder fotografieren wolle. Ich hoffe, dass auch du Christoph Salzmann leicht kritisch zur Erkenntnis kommst, dass mit klassenkämpferischen, laut ausgerufenen Voten wahrscheinlich keine Probleme gelöst

werden. Es ist völlig egal, ob der Gemeindepräsident SP-Mitglied ist oder eine Person aus einer anderen Partei der Direktion Präsidiales und Finanzen vorsteht. Ich habe in der zweiten Klasse das Rechnen mit grösseren Zahlen gelernt. Wenn ich Seite 2 der Rechnung 2006 betrachte, sind dort 8,843 Millionen ausserordentliche Erträge ausgewiesen. Am Bilanzfehlbetrag wurden 6,570 Millionen Franken abgeschrieben. Somit fehlen 2,3 Millionen Franken. Ohne die ausserordentlichen Erträge würde die Rechnung 2006 somit zappenduster aussehen.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich danke für die gehaltenen Voten. Es gilt - trotz einigen Schattierungen in diversen Voten - festzustellen, dass dank einer konsequenten Finanzpolitik des Gemeinderates und des Parlamentes der Bilanzfehlbetrag zwei Jahre vor dem gesetzten Ziel abgebaut werden kann. Dieses Ziel ist greifbar nah. Vergleicht man es mit einem Autorennen wie Urs Maibach, ist das Ziel so greifbar nah, dass es selbst mit einer Autopanne erreicht wird. Der Gemeinderat wird jedoch den Motor nicht abwürgen lassen. Die Ursachen für das gute Rechnungsergebnis liegen sicher zu einem wesentlichen Teil am Ertrag, der aus dem Verkauf des Dreispitzareals generiert wurde. Es sind jedoch noch andere Gründe dafür verantwortlich, wie der Sachaufwand, der deutlich tiefer als budgetiert abschloss. Das Sanierungspaket, das in diesem Jahr umgesetzt wird, soll einen Beitrag dazu leisten, von den strukturellen Problemen wegzukommen, d.h. von der Abhängigkeit von ausserordentlichen Erträgen. Das Sanierungspaket ist darauf angelegt, dieses Ziel Ende 2008 zu erreichen. Wir konnten im Bereich der Darlehen gut konvertieren und die günstige Zinssituation ausnützen. Die Passivzinsen sind in absoluten aber auch in Prozentzahlen gesunken. Das Investitionsvolumen konnte gesenkt werden, was die Abschreibungen reduzierte. Schliesslich gelang es im Bereich der Sozialhilfe, eine Stabilisierung zu erreichen. Dies durch eine saubere Fallführung und weitere positive Elemente, welche mitspielten. Schliesslich gilt es zu bemerken, dass es nicht ganz zufällig ist, wenn gewisse Unternehmen den Weg in die Gemeinde Köniz gefunden haben. Dies wurde durch eine Politik erreicht, welche die notwendigen Rahmenbedingungen dafür schuf. Aus dieser Sicht ist das Rechnungsergebnis erfreulich.

Von verschiedenen Seiten wurde darauf hingewiesen, dass - analysiert man das Rechnungsergebnis von Seite 2 - auffällt, dass der Ertragsüberschuss ohne ausserordentliche Erträge nicht ausreicht, die Abschreibungen vorzunehmen. Diese Feststellung ist richtig und für den Gemeinderat eine sehr interessante Momentaufnahme an einem Stichtag. Diese Momentaufnahme muss jedoch im Kontext mit verschiedenen anderen Parametern gemacht werden. Diese Parameter haben Sie sicher auch gesehen, jedoch heute in der Diskussion nicht erwähnt. Schaut man in die Vergangenheit, waren in diesem Bereich noch viel schlechtere Zahlen zu gewärtigen. Wir kamen einer Situation, die auch ich als erstrebenswert bezeichne, noch nie so nahe wie mit dem Ergebnis der Rechnung 2006. Schaut man nach vorne und analysiert das erwartete Rechnungsergebnis 2007 und den Finanzplan (Seiten 15/16), ist festzustellen, dass wir dannzumal auf der guten Seite stehen. Für den Gemeinderat ist der Punkt noch nicht erreicht, wo er erklären kann, zufrieden zu sein. Aus der FDP/jfk-Fraktion kam der Wunsch, die Differenz zwischen Hochrechnung und Rechnung detaillierter kommentiert zu erhalten. Ich werde dies ein anderes Mal vornehmen, da ich dies heute aus dem Stegreif analysieren müsste. Im Übrigen muss ich erklären, dass für mich die Voten aus dieser Fraktion in Bezug auf die Steuern, welche der Bevölkerung weggenommen würden, ein - etwas salopp ausgedrückt - Stammtisch-Staatsverständnis bedeuten. Ebenso gehört die Aussage, das Problem liege auf der Aufwandseite, wie das Amen in der Kirche zum Standardprogramm dieser Fraktion. Vielleicht muss bei der Rechnungsanalyse bedacht werden, dass der Sachaufwand erheblich reduziert werden konnte. Er ist im Vergleich zum Rechnungsergebnis 2005 viel besser. Der Vergleich mit den Rechnungsergebnissen der sechs grössten Städte im Kanton Bern - Köniz, Bern, Biel, Burgdorf, Langenthal und Thun -, betrachtet man den Aufwand pro Einwohner, ergibt, dass die Gemeinde Köniz am wenigsten ausgibt, nämlich 4'977 Franken. Diese Städte haben alle ungefähr dieselben strukturellen Probleme. Köniz bezahlt jedoch als einzige dieser genannten Städte Zentrumslasten und bezieht keine Entlastungen infolge Zentrumsfunktion. Wir haben somit strukturell noch ein zusätzliches Problem und trotzdem ist der Aufwand so tief wie in keiner anderen Stadt im Kanton Bern. Die Diagnose so "quick and dirty" zu stellen, dass im Aufwand ein strukturelles Problem vorliege, scheint mir etwas salopp dahingeredet.

Wenn ich die Debatte über die Rechnung 2006 bilanziere, darf ich feststellen, dass wir uns eigentlich einig sind. Für den Gemeinderat war es hochinteressant, Ihre Überlegungen für die Nutzung des sich langsam abzeichnenden Handlungsspielraumes zu hören. Wir werden diese Diskussion sehr sorgfältig führen müssen. Ich verspreche Ihnen - insbesondere Stefan Lehmann -, dass ich der Erste sein werde, der gegen eine "Hüst-und-Hott-Politik" antreten wird. Nach einer vertieften Analyse werden wir Ihnen die entsprechenden Vorschläge in der neuen Finanzstrategie vorlegen. Insgesamt muss festgestellt werden, dass die Trendwende deutlich sichtbar ist und deshalb sind Diskussionen mit einem sachlichen Ansatz notwendig. Ich freue mich auf die kommenden Debatten.

Herr Daniel Oester (jfk): Ich kann diese Worte nicht so im Raum stehen lassen. Wenn der Gemeindepräsident Luc Mentha uns so hart kritisierst, sollte er seine "Stammtisch-Politiker" aus seiner Partei genau so hart kritisieren. Die Behauptung, die Gemeinde Köniz habe kein Aufwandproblem, muss wie folgt widerlegt werden: Wenn die Abschreibungen zu jenem Prozentsatz aufgerechnet werden, mit dem sie eigentlich vorgenommen werden müssten, reicht der Aufwand für die Bezahlung schlicht nicht. Das ist eine ganz einfache "Milchbüchlein-Rechnung". Das Rechnungsergebnis wäre somit tiefrot gewesen.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Diese Erklärung aus den Reihen der jungfreisinnigen machte mir keine Mühe, jedoch eine andere aus dieser Fraktion und ich erlaubte mir, dazu etwas zu erwidern. In der Sache bin ich jedoch nach wie vor folgender Meinung: Wenn der Finanzplan so analysiert wird, wie wir ihn vor Ihnen ausgebreitet haben, spricht er - bei sehr vorsichtigen Massnahmen - für die Zukunft eine ganz andere Sprache, als einige Voten aus der FDP/jfk-Fraktion.

Detailberatung

Seiten 1 - 17, Vorbericht

Herr Christoph Salzmann (SP): Auf Seite 2 wird festgehalten, die Wasserversorgung weise weiterhin eine Schuld gegenüber der Gemeinde aus und der Gemeinderat wolle die Situation prüfen. Eine Prüfung der Situation könnte eine Gebührenerhöhung in diesem Bereich nach sich ziehen. Gebühren sind auch eine Art Steuern, jedoch nicht so sozial wie die einkommensabhängigen Steuern, denn sie belasten die Familien stark. Es wäre in meinen Augen gut, wenn solche Erhöhungen vermieden werden könnten. Gebührenerhöhungen wären dann zu verantworten, wenn sie eine Steuerungsfunktion für ökologisches Verhalten hätten. Das muss jedoch genau analysiert werden. Ich wäre froh, wenn sich der Gemeinderat die Aufwandseite zu Herzen nehmen würde.

Einstimmig (Ziffer 1a und 1b), mit 30 Stimmen zustimmend, 7 Stimmen teilweise zustimmend (Ziffer 1c) und einstimmig (Ziffer 2a und 2b und Ziffer 2c) fasst das Parlament folgenden

Beschluss

Das Parlament nimmt Kenntnis,

1. a) dass die Rechnung 2006 vor Abschreibung des Bilanzfehlbetrages mit einem Übertragsüberschuss von Fr. 6'570'698.91 abschliesst;
- b) von der gesetzlichen Pflicht, dass ein Ertragsüberschuss zur Abschreibung des vorhandenen Bilanzfehlbetrages verwendet werden muss;
- c) vom per April 2007 überarbeiteten Finanzplan für die Periode 2008 - 2012.

Das Parlament

2. a) genehmigt das Rechnungsergebnis 2006, welches bei Aufwendungen und Erträgen von je Fr. 189'672'666.19 **ausgeglichen** abschliesst;
- b) genehmigt die per 31. Dezember 2006 mit Aktiven und Passiven von je Fr. 243'686'981.53 abschliessende Bestandesrechnung;
- c) bewilligt folgenden Nachkredit für das Rechnungsjahr 2006

<u>Konto-Nr.</u>	<u>Bezeichnung</u>	<u>Betrag in Fr.</u>
173.332	Übrige Abschreibungen Verwaltungsvermögen Spezialfinanzierungen (Feuerwehrfahrzeug und Rekultivierung der Kehrichtdeponie).	1'801'522.05

3. Verwaltungsbericht 2006

Genehmigung; alle Direktionen

Herr Valentin Lagger (CVP; GPK-Sprecher in Vertretung des abwesenden Harald Henggi): Ich mache einige einführende Bemerkungen zum Verwaltungsbericht 2006; zuerst rein formelle und anschliessend einige inhaltliche. Danach werden alle Direktionen in der Reihenfolge gemäss Verwaltungsbericht beraten. Die einzelnen Sprecherinnen und Sprecher werden maximal 5 Minuten (vollamtliche Direktionen) und 3 Minuten (nebenamtliche Direktionen) Stellung nehmen. Die GPK beschloss dieses Vorgehen im Sinn einer effizienten Beratung des Verwaltungsberichtes 2006. Die GPK gibt somit dem Parlamentspräsidenten den formellen Auftrag, überbordende Sprechende mittels gelb-roter Karte oder Glocke zur Ordnung zu rufen, auch wenn diese Redezeit nirgends in einem Reglement geregelt ist.

Zum Inhaltlichen: Die GPK schätzt den Verwaltungsbericht jeweils als wichtiges und zweckmässiges Instrument zur Wahrnehmung ihrer Aufsichtsfunktion. Dafür und für die geleistete Arbeit in der Gemeindeverwaltung bedanken wir uns herzlich und bitten die hier anwesenden Vorstehenden, diesen Dank weiterzuleiten. Die GPK bedankt sich ebenfalls dafür, dass im Verwaltungsbericht vermehrt Ziele formuliert und deren Einhaltung beschrieben wurden. Es wäre schön, würde man dies in den nächsten Verwaltungsberichten auf alle Bereiche ausdehnen. Der Gemeindepräsident Luc Mentha stellte letztes Jahr ein Redesign des Verwaltungsberichtes in Aussicht. Dieses wird im Hinblick auf den nächsten Bericht noch nicht möglich sein, für den übernächsten Bericht wird jedoch eine Überarbeitung in Angriff genommen. Diese Überarbeitung wird insbesondere an den IAFP - den wir noch in diesem Jahr beraten und hoffentlich verabschieden werden - angelehnt sein. Die GPK begrüsst dieses Vorgehen.

Direktion Präsidiales und Finanzen (DPF)

Herr Valentin Lagger (CVP; GPK-Sprecher): Über die Finanzen haben wir nun gut eine Stunde beraten, darauf gehe ich nicht weiter ein. Zur Wirtschaftsförderung: Die Gemeinde geht aktiv auf Firmen zu und spricht die Kontakte mit der kantonalen Wirtschaftsförderung ab. Dieses Vorgehen wird von den Unternehmen sehr geschätzt. Eine Bemerkung zum Rahmenkredit des Gemeinderates für den Erwerb von Liegenschaften: Mit diesem Kredit kann der Gemeinderat Liegenschaften erwerben, die eigentlich ausserhalb seiner Finanzkompetenzen liegen. In der GPK wurde die Frage gestellt, ob hier ein neuer Rahmenkredit in Aussicht ist, weil der alte am Versiegen ist und wie hoch dieser sein wird. Gemeindepräsident Luc Mentha hat diese Frage gegenüber der GPK noch nicht beantwortet. Vielleicht hören wir heute etwas dazu. Zur Personalabteilung: Die Personalabteilung hat momentan ein grosses Ressourcenproblem und deshalb konnte z.B. das Personalentwicklungskonzept nicht umgesetzt werden. Die GPK wünschte im Personalbereich das Vorliegen von zwei Aufstellungen. Die Übersicht über die ausbezahlten Überstunden wurde uns zugestellt. Die Aufstellung über den Personalbestand - der so genannte Stellen-Etat - aufgeteilt nach Abteilungen per Ende 2005 und Ende 2006, liegt heute leider noch nicht vor und wird uns für September 2007 in Aussicht gestellt. Die GPK nimmt dies zur Kenntnis, hat an diesem Umstand jedoch keine Freude. Die Herstellung solcher Auswertungen sollte ohne grösseren Aufwand jederzeit möglich sein. Zum Katastrophenführungsstab: Die Gemeinde Köniz ist diesbezüglich auf einem guten Stand und wird sich weiter entwickeln. Der GPK wurde in Aussicht gestellt, dass anlässlich einer Sitzung die Gefahrenanalyse abgegeben und erläutert wird. Der Rechtsdienst zeichnet sich durch gute Beratung aus und wird von uns allen immer sehr geschätzt. Die GPK wie auch der Gemeinderat durften im Verlaufe des letzten Jahres immer wieder darauf zurückgreifen. Per Ende 2006 trat der neue Leiter Kommunikation seine Stelle in der Gemeindeverwaltung an. Deshalb gibt es im Rahmen des Verwaltungsberichtes 2006 noch nicht viel mehr dazu zu sagen und zur Kenntnis zu nehmen, als die gute Überarbeitung der Homepage. Finanzkontrolle: Nebst den üblichen Revisionsaufgaben führt die Finanzkontrolle immer wieder Beratungen durch. Kritisch diskutiert wurde hier die Unabhängigkeit der Finanzkontrolle, weil die Möglichkeit besteht, dass Beratungen, welche die Finanzkontrolle macht, wiederum von ihr selber geprüft werden. Nach Auskunft der Finanzkontrolle stellt dies jedoch kein Problem dar, weil die Bereiche Revision und Beratung keine Schnittstellen haben. Gemeindepräsident Luc Mentha sagte uns zu, dieses Thema wieder aufzugreifen. EDV und Technik: Die Einführung von Windows Vista ist momentan kein Thema, denn die aktuelle Windows-Version sei ausreichend. Die IZ-Angebote sind kostendeckend kalkuliert. Zurzeit finden Verhandlungen mit neuen Partnern - kleinere Gemeinden rund um Bern - statt, welche sich dem IZ Köniz-Muri

anschliessen könnten. Zurzeit wird auch am Disaster-Recovery-Konzept gearbeitet. Ein zweites Rechnungszentrum kommt - so viel ist im Moment klar - aus Kostengründen nicht infrage. Wir werden im Verwaltungsbericht 2007 darüber sicher nähere Angaben erhalten.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich danke für die Berichterstattung. Zum Rahmenkredit für den Erwerb von Liegenschaften kann ich noch keine näheren Angaben machen, wann und in welchem Umfang wir einen neuen beantragen werden. Das will sorgfältig vorbereitet und gut überlegt sein. Zur von der GPK bei der Personalabteilung verlangten Stellenstatistik pro Abteilung ist Folgendes anzumerken: Wir verfügen bereits seit einigen Jahren über kein funktionierendes Personalinformationssystem. Man behilft sich mit selbst erstellten Excel- und Access-Lösungen. Der Aufwand für eine solche Auswertung liegt pro Jahr bei ein bis zwei Tagen, d.h. für die Stellenstatistik für 2 Jahre - wie von der GPK gewünscht - drei bis vier Tage. Gegenwärtig sind in der Personalabteilung jedoch nur zwei Personalfachleute in diesem Bereich tätig. Infolge Überlastung ist eine Person zurzeit in eine gesundheitlich schwierige Situation geraten. Die andere Person war ebenfalls krank und muss zurzeit alle anfallenden Geschäfte auffangen. Ich bitte um Verständnis, dass es infolge dieser Situation nicht für das Vorliegen der verlangten Unterlagen reichte.

Direktion Planung und Verkehr (DPV)

Herr Stefan Lehmann (SVP; GPK-Sprecher): Im Auftrag der GPK besuchten Urs Maibach und ich am 19. April 2007 die Direktion Planung und Verkehr. Der Verwaltungsbericht 2006 behandelt zum ersten Mal die reorganisierte Direktion DPV, d.h. ohne Abteilung Umweltschutz, welche in die Direktion Umwelt und Landschaft wechselte. Die DPV ist nach wie vor eine umfangreiche Direktion und wir hatten anlässlich des Verwaltungsbesuches Gelegenheit, mit allen Abteilungsleitungen - Verkehr, Werkhof, Planung und Bauinspektorat - zu sprechen. Die nächste Reorganisation ist bereits vollzogen. Die Abteilung Werkhof wurde aufgelöst, der Dienstzweig Strassenunterhalt wechselt in die Verkehrsabteilung und der Dienstzweig Abfall wird, bis zur Rekrutierung einer geeigneten Dienstzweigleitung, der Direktionsvorsteherin direkt unterstellt von ihr geleitet.

Die Hauptthemen 2006 waren das REK (Raumentwicklungskonzept Köniz), diverse Landgeschäfte, die Verkehrsplanung und eine hohe Baugesuchsdichte. Die Arbeitsbelastung in den Abteilungen wird allgemein als sehr hoch betrachtet. Es ist eine grosse Projektdichte vorhanden und deshalb das Setzen von Prioritäten notwendig. Ein grosses Thema sind die diversen Fehler, die in den Planungsgeschäften zum Vorschein kamen. Hier erwartet die GPK für die Beratung in der August-Sitzung den verlangten Bericht über die getroffenen Massnahmen für die Vermeidung solcher Fehler. Im Übrigen verweise ich auf das Ihnen allen ausgeteilte Protokoll. Zum Schluss möchte ich Gemeinderätin Katrin Sedlmayer, ihren Abteilungsleitungen und dem gesamten Personal der DPV für ihren Einsatz zugunsten der Gemeinde Köniz danken. Ich bitte, diesen Dank weiterzuleiten.

Frau Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP): Ganz herzlichen Dank für die sachliche Berichterstattung. Ich werde den Dank gerne weiterleiten. Stefan Lehmann hat die Situation gut geschildert. In den drei in meiner Direktion verbleibenden Abteilungen herrscht wirklich ein hoher Leistungsdruck. Wir sind am Prüfen von Massnahmen, mit welchen solches vermieden werden kann. Eine Bemerkung zu deinem Votum, Stefan Lehmann: Du hast von diversen geschehenen Fehlern gesprochen. Ich möchte festhalten, dass es sich um zwei Fehler handelt.

Direktion Bildung und Soziales (DBS)

Herr Alfred Arm (SP): Die DBS ist eine grosse Direktion und nun ist noch das Kultursekretariat dazu gestossen. Ich gehe kurz auf das Schloss Köniz ein. Die Stiftung Schloss stellte fest, dass es ihr an zündenden Ideen fehlt. Demnächst wird eine so genannte Zukunftswerkstatt gegründet. Der Rossstall ist eine Baustelle. Nun tut sich dort aber etwas; Interessenten sind vorhanden. Die Pfundschiür, wo Grossveranstaltungen durchgeführt werden können, ist sehr renovationsbedürftig. Die künftige Winternutzung wird vom Regierungsverwaltungsrat nicht mehr bewilligt. Die Leistungen des Vereins Haberhuus sind sehr erfreulich. Die Eintritte haben von 8'000 im Jahr 2005 auf 14'000 im Jahr 2006 zugenommen. Folgende Sparten haben Events durchgeführt: Im Bereich Theater und Cabaret gab es 77 Aufführungen. WM-Spiele wurden 58 gezeigt und es fanden 32 Konzerte statt. Anderes läuft

nicht so gut, wie z.B. das schlecht genutzte Trauzimmer. Das Zivilstandsamt Bern hat Köniz nur sechs Trautage zur Verfügung gestellt.

Abteilung Bildung und Sport: Die GPK stellte fest, dass die Einführung des neuen Bildungsreglementes Anlass zu Diskussionen gab. Unsere dementsprechenden Fragen wurden wie folgt beantwortet: Für die Schulkommissionsmitglieder wurde ein Einführungstag durchgeführt und ein Organisationsordner mit den entsprechenden Gesetzen, Reglementen und vor allem einem Funktionsdiagramm abgegeben. Auch dieses Jahr haben bereits Kurse für Schulkommissionsmitglieder stattgefunden. Neu will man in die Leistungsvereinbarung zwischen der Zentralen Schulkommission und den Schulkommissionsmitgliedern aufnehmen, dass sich die Mitglieder Schulkommissionen für den Besuch von Weiterbildungskursen verpflichten sollen.

Für die Erwachsenenbildung sind im neuen Bildungsreglement vier Stichworte enthalten: Nachholbildung, Erziehung, Gesundheit und Integration. Im Verwaltungsbericht sind im Bereich der Nachholbildung kein Kurs und im Bereich Erziehung nur ein Kurs ausgewiesen. Die Erwachsenenbildung ist an einem kleinen Ort. Das ist auch anhand des Kursprogrammes ersichtlich. Die Antwort auf die dahingehende Frage war, dass Integrationskurse auch die Nachholbildung umfassen und wichtiges Ziel sei es, die fremdsprachigen Mütter und Kinder in solche Kurse zu holen. Man will in dieser Richtung eng mit den Elternräten arbeiten.

Die Schulsozialarbeit wird ausgebaut. Schlussendlich soll jede Schule über Schulsozialarbeitende verfügen. Mit sechs Arbeitsgruppen ist man am Erarbeiten von Grundlagen für die Integration an Schulen. Man spricht über folgende Themen: Die Situation in Regelklassen, in Kleinklassen D und die integrative Arbeit an Könizer Schulen. Das Ziel der Arbeit ist, möglichst viele Lehrer zur Mitarbeit zu bewegen.

Abteilung Alter, Jugend und Gesundheit: Der Ausbau der Kita futura konnte realisiert werden. Von der Firma Swisscom werden 7,4 Plätze belegt, jedoch haben davon 4,8 Plätze Wohnsitz in Köniz, die somit nicht zu Vollkosten verrechnet werden können. Für das Konzept Freiwilligenarbeit ist im Moment lediglich ein Grobkonzept vorhanden, das Detailkonzept wird im Jahr 2008 folgen. Der Kostendeckungsgrad konnte in den Bereichen der Kita's und der Tagespflege gesteigert werden. Das ist sehr erfreulich. Die Alterskonferenz war im Jahr 2006 ein Thema. Wir erhielten auf dahingehende Fragen zur Antwort, dass die Alterskonferenz nicht aufgelöst wird, sondern der Verein. Die Alterskonferenz soll in ihrer Funktion erhalten bleiben.

Abteilung Soziales und Vormundschaft: Hier sind eine Reihe erfreulicher Entwicklungen festzustellen. Die Anzahl der Erwerbslosen sinkt, die Integrationsangebote wurden besser genutzt. Trotzdem stieg die Zahl der Sozialhilfeempfängenden - jedoch moderat - an.

Auch wir danken dem Direktionsvorsteher und den Abteilungsleitungen sowie allen Mitarbeitenden für die grosse geleistete Arbeit.

Der Parlamentspräsident: Anlässlich meiner ersten Parlamentssitzung machte ich dich, Alfred Arm, darauf aufmerksam, die Redezeit einzuhalten und bat dich, dies in Zukunft zu beachten. Leider sehe ich in dieser Hinsicht kein Entgegenkommen von dir. Das ist schade.

Herr Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Ich möchte Alfred Arm, aber auch Harald Henggi, herzlich für den Verwaltungsbesuch in meiner Direktion bedanken. Die Besuche in den einzelnen Abteilungen fanden ohne mein Dabeisein statt. Ich möchte ebenfalls der Kommission für soziale Fragen danken, weil diese jeweils die Rechnung und den Verwaltungsbericht vertieft prüfen, wie auch die Geschäfte während des Jahres, welche aus meiner Direktion dem Parlament vorzulegen sind. Alfred Arm, ich bin sehr froh, dass du das Thema Schloss und dessen Baustellen erwähnt hast. Ich bin überzeugt, dass die Investitionen im Jahr 2006 im Schlossareal von der Kulturbeauftragten - Martha Häberli - und mir selber hoffentlich zu einem Aufwachen aus dem Dornröschenschlaf führen werden. Ich bin zuversichtlich, dass wir ansatzweise etwas vorwärts kommen werden.

Detailberatung

Herr Valentin Lagger (CVP): Aus dem Internet rief ich die Stellungnahme der CVP zum Bildungsreglement ab. Dort steht geschrieben: "Eine bessere Aufteilung der Aufgaben und Kompetenzen zwischen Schulkommission und Schulleitung ist unbedingt notwendig. Die vorgeschlagene Lösung vermag diesbezüglich nicht zu genügen." Wir sind nicht stolz darauf, sagen zu können, dass wir Recht haben. Wir unterstützen jedoch vollumfänglich die Bemühungen, die Kompetenzordnungen nun sauber zu regeln und nach diesen zu arbeiten. Mitt-

lerweile kehrte die Einsicht ein, dass Handys nicht so strategisch sind.

Direktion Gemeindebauten (DBA)

Herr Valentin Lager (CVP; GPK-Sprecher): Ich habe in den einleitenden Worten zum Verwaltungsbericht den Dank in globo ausgesprochen, nun jedoch bemerkt, dass alle GPK-Sprecher ihrer besuchten Direktion den Dank jedoch noch separat aussprechen. Aus diesem Grund unterlasse ich es nicht, Gemeindepräsident Luc Mentha und den Mitarbeitenden der DPF für ihren Einsatz zu danken. Ich bitte ihn, diesen Dank weiterzuleiten. Genau dasselbe gilt für die DBA, für Gemeinderätin Judith Ackermann und die Mitarbeitenden.

Stephie Staub und ich besuchten am Montag, 30. April 2007 die DBA. Diese Direktion versteht sich als Dienstleistungsbetrieb innerhalb der Gemeinde, denn sie lässt das realisieren, was andere bestellen. Einzelne Themen: Am nächsten Donnerstag wird zum zweiten Mal ein KMU-Treffen in Köniz stattfinden. Diese Treffen werden regelmässig durchgeführt. Beim letzten wurde über Schwellenwert, Eignungs- und Zuschlagskriterien orientiert. In diesem Zusammenhang ist auf der Traktandenliste ersichtlich, dass das Postulat betr. Arbeitsausreibungen in der Gemeinde Köniz (0420) heute noch beraten wird. Bezüglich Unterhalt von Gebäuden und Anlagen ist man innerhalb der Direktion der Meinung, dass die Ressourcen in diesem Bereich zu knapp sind. Betrachtet man den Wert der Anlagen, müssten pro Jahr rund 1,4 bis 1,7 Millionen Franken für Unterhaltsarbeiten zur Verfügung gestellt werden. Im Budget, respektive in der Rechnung 2006, wurden dafür jedoch lediglich 900'000 Franken eingestellt. Das nächste Thema betrifft die zweite Spielstätte des Stadttheaters in den Vidmarhallen, Liebfeld. Neben 200'000 Franken, welche als einmaliger Beitrag für Infrastrukturkosten gesprochen wurden, wirkt Daniel Hofstetter bis zum Bauende als Koordinator zwischen Stadttheater und Gemeinde. Weitere Engagements - insbesondere finanzielle - sind vonseiten der Gemeinde Köniz nicht geplant. Der Ausblick auf das Jahr 2007 zeigt folgende geplante Vorhaben: Die Sanierung und Erweiterung der Schulanlage Steinhölzli, der Anbau des Polizeigebäudes an der Sägemattstrasse, die Realisierung des Schulmuseums im Haberhuus, die Realisierung einer Sickerwasseranlage in der Schulanlage Spiegel sowie die Sanierung des Lehrschwimmbeckens in Niederwangen.

Frau Gemeinderätin Judith Ackermann (FDP): Ich danke Stephie Staub und Valentin Lager für das gute Gespräch während ihres Verwaltungsbesuches und die nun treffende Berichterstattung mit dem Herausfiltern unserer Schwerpunkte. Ich werde den Dank gerne an die Mitarbeitenden weiterleiten.

Direktion Gemeindebetriebe (DBE)

Herr Urs Maibach (GB): Für uns alle ist selbstverständlich, dass aus unseren Leitungen sauberes Trinkwasser in jeder beliebigen Menge fliesst. Auch die Entsorgung ist unproblematisch. Das Abwasser verschwindet und wir können sicher sein, dass es optimal wiederaufbereitet und behandelt in den Wasserkreislauf zurückfliesst. Damit dem so ist und bleiben wird, sorgen unsere Gemeindebetriebe. Am Donnerstag, 19. April 2007 besuchten Alfred Arm und ich die DBE und schauten uns deren Wirken genauer an. Aufgrund des Verwaltungsberichtes und aus eigenen Feststellungen des letzten Jahres stellten wir unsere Fragen. Der Bericht liegt Ihnen in der Zusammenfassung der Verwaltungsbesuche vor und ich bitte Sie, sich daran zu orientieren. Ein Thema, mit dem sich primär die DBE, in Zusammenarbeit mit der Gemeinde Köniz im nächsten Jahr noch intensiv auseinandersetzen werden muss, sind die Arbeiten am Hochwasserschutz der Aare und die Auenrevitalisierung. Sowie auch die Erneuerung der Gebrauchswasserkonzession. Wie im Bericht zu lesen ist, sind bereits Vorkehrungen getroffen. Das Verfahren läuft, kann sich jedoch unter Umständen noch über längere Zeit hinziehen. Interessant ist sicher auch der Gebührenvergleich für Gebrauchswasser des Preisüberwachers, in welchem die Gemeinde Köniz, verglichen mit den Städten Bern, Biel und Thun, als günstigste Gemeinde hervorgeht. Allgemein kann gesagt werden, dass wir auch dieses Jahr eine Abteilung angetroffen haben, in welcher gute und kompetente Arbeit geleistet wird. Die DBE kommt mir etwas vor wie der stille intensive Schaffer im Hintergrund. Weil alles gut klappt, hört und bemerkt man während des Jahres sehr wenig. Würde das mit dem Trinkwasser und dem sorglosen Entsorgen nicht mehr klappen, würden sehr schnell unangenehme Situationen für alle entstehen. So gut, wie es läuft, bleibt mir nichts anderes mehr, als der ganzen Crew der Gemeindebetriebe unter der Leitung von Christian Flühmann und dem Direktionsvorsteher Urs Wilk für ihre Arbeiten und ihren Einsatz ganz herzlich zu danken. Ich

bitte Gemeinderat Urs Wilk, diesen Dank weiterzuleiten.

Herr Gemeinderat Urs Wilk (FDP): Ich danke für dieses Lob bestens. Urs Maibach hat bestens geschildert, wie gut unsere Trinkwasser- und Abwasserversorgung funktioniert. Zuhanden Herrn Salzmann möchte ich unterstreichen, dass der von Urs Maibach erwähnte Gebührenvergleich für die Gemeinde Köniz sehr gut ausgefallen ist. Wir arbeiten daran, dass dem möglichst lange so bleiben wird, können die Gebühren jedoch nicht für alle Ewigkeit zementieren. Ich danke den beiden GPK-Mitgliedern Urs Maibach und Alfred Arm herzlich für den Verwaltungsbesuch. Sie stellten interessante und befruchtende Fragen und bestärken uns mit ihrem Bericht, dass die Gemeindebetriebe auf dem richtigen Weg sind.

Direktion Sicherheit (DSI)

Frau Stephanie Staub (SP; GPK-Sprecherin): Bernhard Bichsel und ich besuchten die Direktion Sicherheit. Bereits bei der Durchsicht des Verwaltungsberichtes war ich beeindruckt, welch grossen Aufgabenbereich die DSI zu bewältigen hat. Im Gespräch über die Personalbewirtschaftung ist klar geworden, dass die Zusammenlegung von zwei Direktionen - Polizeidirektion und Direktion Bevölkerungsschutz - einen grossen Mehraufwand beinhaltet. Frau Gemeinderätin Marianne Streiff erklärte, dass durch die verschiedenen Projekte und veränderten Arbeitsabläufe ihr Arbeitspensum den Aufwand eines 50-Prozent-Pensums erreiche. Dass auch beim Abteilungsleiter Sicherheit, Werner Zahnd, einiges zusammengekommen sei, liege auf der Hand, denn die Position des Dienstzweigleiters und ehemaligen Leiters der Polizeiabteilung wurde eingespart und im Hinblick auf Police Bern eingefroren. Somit bewältigte Werner Zahnd alles in Personalunion. Da nur noch ein Gemeinderatsmitglied zuständig ist, vereinfachten sich jedoch Zusammenarbeit und Kommunikation. Frau Gemeinderätin Marianne Streiff und Herrn Zahnd möchte ich an dieser Stelle für ihre geleistete Mehrarbeit danken. Nachstehend einiges in meinen Augen erwähnenswerte: Frau Gemeinderätin Marianne Streiff bestätigt, dass die Zusammenarbeit mit der Einbürgerungskommission sehr gut läuft. Das geänderte Auswahlverfahren bewährte sich. Bei heiklen Fällen wird quasi ein Zweieraster angewendet. Die Gemeindepolizei befasst sich nicht nur mit der Aufrechterhaltung von Ruhe, Ordnung und Sicherheit, sondern auch mit der Amts- und Vollzugshilfe, d.h. die Zustellung von Zahlungsbefehlen, Gerichtsurkunden, Betreibungen, die Vorführung von Personen beim Regierungsstatthalteramt in Bern oder sie bringt diese direkt ins Gefängnis. Über 2'500 Aufträge wurden 2006 bearbeitet. Solche Vollzugsbefehle gelangen via Regierungsstatthalteramt Bern zu unseren Vollzugsbeamten. Wochenend- und Nachtdienste werden zur Erfüllung der Aufgaben genützt, da der Erfolg zu diesen Zeiten am aussichtsreichsten ist. 3'800 Stunden wurden für die Erledigung solcher Aufträge aufgewendet. Die Gemeinde erhält als Entschädigung für diese Arbeiten sage und schreibe sieben Franken pro Aufwand. Im Bereich der Verkehrspolizei wird der ruhende Verkehr während der Sommersaison nicht mehr durch die Securitas kontrolliert, sondern durch den neu eingestellten Verkehrsmitarbeiter. Die Kontrollen können so gezielter durchgeführt werden. Die neuen Geschwindigkeitsmessenanlagen sind installiert und verfehlen ihre Wirkung nicht. Die Anzahl der Geschwindigkeitsübertretungen war zu Beginn hoch, ist nun rückläufig. Im Bereich der Gewerbepolizei wurde vereinbart, im nächsten Verwaltungsbericht die genauen Zahlen der vorgenommenen Kontrollen aufzuführen. Neu wird ab 2008 sein, dass die Lebensmittelkontrolleure nicht mehr im Verwaltungsbericht erscheinen und neu akkreditiert werden, da infolge der Anpassung der Lebensmittelgesetze an jene der EU, die Lebensmittelkontrolle per 1. Januar 2008 kantonalisiert wird. Die Pilzkontrolleure werden infolge dieser Gesetzgebung ihre Kontrollen nicht mehr von Amtes wegen durchführen. Die Gemeinde Köniz hat auf freiwilliger Basis drei Pilzkontrolleure angestellt, welche für die Gesundheit und das Leben der Könizer Bürgerinnen und Bürger zuständig sind. Die Arbeit beruht auf freiwilliger Basis und die Entlöhnung ist symbolisch. Im Bereich der Katastrophenorganisation ist die Gefahrenanalyse noch in Bearbeitung und wird dem Parlament präsentiert. Wir äusserten den Wunsch, die Aufgaben und Kompetenzen zwischen den zuständigen Verwaltungsstellen zu klären. Zum Regionalen Ausbildungszentrum: Infolge personeller Engpässe und einem Todesfall kann die Regionalisierung nicht wie geplant vorangetrieben werden. Deshalb wurde per 1. Mai 2007 ein kompetenter Mitarbeiter als stellvertretender Leiter des regionalen Ausbildungszentrums mit einem neuen Pflichtenheft angestellt. Ein kurzer Ausblick: Heute wird noch über den Nachkredit für den Anbau des Polizeigebäudes beraten und somit ein Geschäft für die Zukunft von Police Bern behandelt. Ich hoffe, dem

Nachkredit wird zugestimmt, damit Köniz Standort von Police Bern wird. Das würde für unsere Gemeinde viele Vorteile beinhalten. Ich danke herzlich für den guten Empfang und die ausführliche Berichterstattung. Ebenfalls Frau Gemeinderätin Marianne Streiff für ihre Arbeit sowie allen Mitarbeitenden der Direktion Sicherheit für die vielen Stunden, welche sie für die Sicherheit der Könizer Bürgerinnen und Bürger aufwenden.

Frau Gemeinderätin Judith Ackermann (FDP), in Stellvertretung der erkrankten Gemeinderätin Marianne Streiff (EVP): Ich werde den Dank von Stephanie Staub an Gemeinderätin Marianne Streiff übermitteln.

Detailberatung

Herr Hansueli Pestalozzi (GB): Ich spreche zu den Seiten 66/67 von Köniz in Zahlen. Diesen beiden Seiten sind positive Entwicklungen zu entnehmen, wie die langfristige Abnahme von Geschwindigkeitsübertretungen, die nun bei 6 Prozent liegt. Das heisst jedoch immer noch, dass jedes 17. Fahrzeug zu schnell fährt. Weiter ist positiv zu vermerken, dass bei stationären Kontrollen nur noch 0,5 Prozent Geschwindigkeitsübertretungen festgestellt werden, d.h. jedes 200. Fahrzeug ist zu schnell unterwegs. Negativ zu vermerken ist, dass auf einigen kontrollierten Strassenabschnitten immer noch jedes 5. oder sogar 4. Fahrzeug zu schnell fährt. Weiter ist negativ festzustellen, dass keine einzige Kontrolle ausserorts bei Tempo 80 vorgenommen wurde. Ich komme zum Schluss: Für die bessere Einhaltung von Höchstgeschwindigkeiten wären mehr stationäre Geschwindigkeitskontrollen notwendig, die - wie ich feststellen konnte - in der Bevölkerung allgemein gut akzeptiert sind. Wir sind gespannt auf die in Aussicht gestellten Antworten zu unseren Fragen in Bezug auf die Busseneinnahmen und die Amortisation der Geschwindigkeitsmessanlagen. Ich komme nun zu meiner Frage: Ist längerfristig der Einsatz von zusätzlichen Geschwindigkeitsmessanlagen geplant?

Frau Gemeinderätin Judith Ackermann (FDP): Diese Frage ist für mich schwierig zu beantworten. Nicht nur, weil mir die entsprechenden Informationen fehlen, sondern weil diese Frage mich persönlich betrifft. Ich bitte Hansueli Pestalozzi um Geduld, bis diese Frage von Gemeinderätin Marianne Streiff richtig beantwortet werden kann.

Direktion Umwelt und Landschaft (DUL)

Herr Bernhard Bichsel (jfk; GPK-Sprecher): Am 26. April 2006 besuchten Stefan Lehmann und ich die DUL. Einige Stichworte zum Verwaltungsbericht. Diese Direktion wurde im Mai 2006 geschaffen. Wir diskutierten ausführlich über den Aufbau der DUL. Ansonsten verweise ich auf das Ihnen vorliegende Protokoll und den Verwaltungsbericht 2006. In unseren Augen gilt es einen Punkt herauszuheben: Die Beanstandungsquote der Emissionskontrolle fällt ins Auge. Dies hat sich aufgrund der strengeren Grenzwerte um den Faktor 3 erhöht, was zu einer Mehrbelastung innerhalb der DUL führte. Nebst dem Rückblick möchte ich einen Ausblick vornehmen: Der Park in Liebfeld und die Sanierung diverser Schiessanlagen werden uns in nächster Zeit intensiv beschäftigen. Ich möchte Gemeinderätin Rita Haudenschild und den Mitarbeitenden der DUL für den guten Empfang und die Führung sowie die vielen erhaltenen Informationen danken. In der GPK wurde zu Seite 76 von Köniz in Zahlen festgestellt, dass der Text nicht mit den Grafiken übereinstimmt. Was ist nun richtig aufgeführt, der Text oder die Grafiken?

Frau Gemeinderätin Rita Haudenschild (GB): Ich danke Bernhard Bichsel und Stefan Lehmann herzlich für ihren Besuch und für ihr Interesse an unserer Direktion und deren Aufgaben. Bernhard Bichsel stellte richtig fest, dass die DUL erst seit dem 1. Mai 2006 tätig ist. Wir sind immer noch an der eigentlichen Aufbauarbeit. Ich mache einen kurzen Ausblick: Im Jahr 2007 wird der Abteilungsleiter pensioniert. Neben den vielen, auch grossen Projekten, die in der DUL anstehen, wird die Wahl der neuen Abteilungsleitung für Neuerungen sorgen. Ich komme auf die Frage in Bezug auf die ausgewiesenen Mengen der Sonderabfälle in Köniz in Zahlen auf Seite 76 zu sprechen: Der Text stimmt nicht mit den Grafiken überein. Nach Abklärungen in der Abteilung ist festzuhalten, dass der Text aus dem Vorjahr übernommen wurde. Wir entschuldigen uns für diesen Fauxpas.

Detailberatung

Herr Daniel Krebs (SVP): Auch die SVP-Fraktion dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für den ausführlichen Verwaltungsbericht. Bei der Durchsicht fiel auf, dass die DUL mit

sieben Seiten vertreten ist. Das scheint uns im Vergleich zu den anderen nebenamtlich geführten Direktionen etwas überproportioniert.

Herr Thomas Hänni (FDP): Als Maler fiel mir in Köniz in Zahlen auf Seite 76 die stetig steigende Menge der abgegebenen Farbreste auf. Es handelt sich um mehr als 8 Tonnen Farbe. Das würde reichen, mehr als 54'000 m² Wände zu streichen. Weshalb werden so viele Farbreste im Werkhof abgegeben? Ich fordere die DUL auf, dies zu analysieren. Hier gehen in meinen Augen grosse Mengen von Rohstoffen verloren. Ist die Abgabe von Farbresten für Private gratis?

Frau Gemeinderätin Rita Haudenschild (GB): Ich komme auf die erste Bemerkung von Daniel Krebs zurück: Die Anzahl von sieben Seiten im Verwaltungsbericht für die DUL sind insofern gerechtfertigt, dass hier drei vielfältige Umweltbereiche zusammenkommen. Neben den Immissionsmessungen in Industrie und Gewerbe bewältigt die DUL Aufgaben im Bereich Landschaft und der Energiefachstelle. Zur Frage von Thomas Hänni betreffend der steigenden Menge von Farbresten: Dieser Frage werde ich nachgehen, sie ist interessant. Die Abgabe von Farbresten ist für Private gratis.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich danke zum Abschluss dieser Debatte für die Auseinandersetzung rund um den Verwaltungsbericht. Es ist eine der wichtigsten Aufgabe des Parlamentes, die Verwaltung in diesem Rahmen zu kontrollieren. Ich darf hier im Namen des ganzen Gemeinderates die Art und Weise der Durchführung der Verwaltungsbesuche - insbesondere jener von Harald Henggi und Valentin Lagger in meiner Direktion - verdanken. Die Besuche werden sehr sachlich und effizient abgehalten und die Aufgabe wird sehr Ernst genommen.

Einstimmig, fasst das Parlament folgenden

Beschluss

Der Verwaltungsbericht über das Jahr 2006 wird genehmigt.

4. Kreditabrechnungen

Kenntnisnahme/Nachkredit; Direktion Präsidiales und Finanzen

Herr Valentin Lagger (CVP; GPK-Sprecher in Vertretung des abwesenden Harald Henggi): Bezüglich der vorliegenden Kreditabrechnungen wurden in der GPK nicht viele Fragen gestellt. Man nahm einzig zur Kenntnis, dass der Kredit für die Überbauungsordnung Juch/Hallmatt letztendlich um vieles geringer ausfiel als budgetiert. Das ist, wie in der Erklärung festgehalten, darauf zurückzuführen, dass sich die Absichten und Bedürfnisse der Grundeigentümer, der Bevölkerung und der Planungsbehörde mehrmals wandelten. Zuerst wurde in diesem Gebiet an die Ansiedlung von lärm- und verkehrsintensiven Betrieben gedacht. Letztendlich ist dies nun eher ein Standort für Fachmärkte. Die GPK empfiehlt mit 7 : 0 Stimmen, den Nachkreditabrechnungen zuzustimmen.

Einstimmig (Ziffer 1 und Ziffer 2), fasst das Parlament folgenden

Beschluss

1. Das Parlament nimmt Kenntnis von folgenden Kreditabrechnungen:

Nr.	FIK	Konto	Dir.	Objekt	Kredit	Jahr	Kosten	Abw.	in %	NK Pa.
1	69	210.581.0110	DPV	Überbauungsordnung Juch/Hallmatt	215'000.00	1990,1993, 1998	44'277.10	-170'722.90	-79.41	
2	2	362.503.1325/1327	DBA	Schulanlage Morillon, Wabern	14'500'000.00	1995-1998	14'885'451.00	385'451.00	2.66	385'451.00
3	75	320.365.90	DBS	Spitex-Verin Köniz-Oberbalm	5'069'500.00	2001-2002	3'907'707.26	-1'161'792.74	-22.90	
4	76	320.365.90	DBS	Spitex-Verin Köniz-Oberbalm	4'589'000.00	2003-2004	3'231'674.98	-1'357'325.02	-29.58	

2. Das Parlament bewilligt den erforderlichen Nachkredit:

- *Fr. 385'451.00 zu Lasten Konto Nr. 362.503.1325/1327 Schule Morillon, Wabern, Erweiterung und Gesamtanierung.*

Die Sitzung wird für 10 Minuten unterbrochen

5. Anbau Polizeigebäude

Nachkredit; Direktion Gemeindebauten

Herr Valentin Lagger (CVP; GPK-Sprecher): Zur Geschichte des vorliegenden Geschäftes: Am 12. Dezember 2005 beschloss das Parlament einen Kredit in der Höhe von 2,05 Millionen Franken zur Realisierung des obgenannten Anbaus. Dieser Kredit beruhte auf einer Studie, mit welcher die Bedürfnisse abgeschätzt wurden; es handelte sich somit um eine Kosten-schätzung. Inzwischen wurden die Bedürfnisse von Police Bern konkretisiert und daraus resultiert ein erhöhter Raumbedarf. Das nun vorliegende Projekt trägt dem Rechnung, der Flächenmehrbedarf beträgt 786 m², in der Studie ging man von 600 m² aus. Police Bern soll im September 2008 Einzug im neuen Gebäude halten können. Deshalb ist es gemäss Gemeinderat wichtig, dass das Parlament heute diesem Geschäft zustimmt.

Zum Finanziellen: 2005 wurde ein Kredit in der Höhe von 2,05 Millionen Franken beschlossen, beim damaligen Indexstand von 108,5 per April 2004. Inklusive Teuerung anhand des Index-stand per April 2006 - 113,9 - käme der damals gefällte Kreditbeschluss auf 2,152 Millionen Franken zu stehen. Der Kredit für das neu vorliegende Projekt - Indexstand per April 2006 113,9 - beläuft sich auf 2,819 Millionen Franken, was einen Nachkredit von 750'000 Franken notwendig macht. Im Dezember 2005 ging man von einem Quadratmeterpreis von 3'587 Franken aus, im heutigen Projekt ist er mit 3'562 Franken ausgewiesen, d.h. eine Reduktion von rund 25 Franken pro Quadratmeter. Im Antrag weist der Gemeinderat für das neue Projekt eine Bruttorendite von 5,9 Prozent aus. Das ist nicht die ganze Wahrheit, weil in der Berechnung der Landpreis nicht eingerechnet ist. Unterstellt man einen fiktiven Landpreis von 500 Franken pro Quadratmeter, welcher für diese Zone als eher günstig bezeichnet werden kann, sinkt die Bruttorendite auf 5,26 Prozent. Gemäss Aussagen der Verwaltung muss jedoch berücksichtigt werden, dass es sich beim Kanton um einen solventen Mieter handelt, somit keine Leerstandsrisiken zu gewärtigen seien und das Geschäft, bei einem Kapitalzins von 3 Prozent und Unterhaltskosten von rund 1,5 Prozent, immer noch als kostendeckend betrachtet werden könne.

Zum Formellen: Die GPK hatte an ihrer Sitzung in der letzten Woche ein schlechtes Bauchgefühl, insbesondere was das Formelle betrifft. Irgendwie sind wir etwas gebrannte Kinder. Die GPK versuchte eine Brücke zu bauen, um die leicht verworrene Situation wieder zu entwirren. Dieser "Brückenbau zu Köniz" führte dazu, dass nun ein neuer Beschlussesentwurf vorliegt, welcher Ihnen Ende letzter Woche zugestellt wurde. Ich gehe kurz auf die einzelnen Punkte ein: Der Beschluss vom Dezember 2005 unterstand dem fakultativen Referendum. Weil das Projekt nun neu aufgelegt wird und sich infolge Vergrösserung der BGF verteuert, müssen die demokratischen Rechte gewahrt bleiben und das fakultative Referendum ist wieder zu gewähren. Zu Diskussionen Anlass gab auch der Umstand, dass es sich hier um einen Nachkredit handelt und nicht um einen neuen gesamthaften Kreditbeschluss über 2,819 Millionen Franken. Nachkredite werden üblicherweise erst dann gesprochen, wenn die Arbeiten bereits begonnen haben und festgestellt werden muss, dass die gesprochene Kredit-summe nicht genügend hoch ist. Der Gemeinderat argumentiert hier jedoch, dass das Parla-ment den Entscheid über die Realisierung eines Polizeistützpunktes in Köniz bereits im Dezember 2005 gefällt habe und auf diesen wolle man nicht zurückkommen. Deshalb wird ein Nachkredit beantragt. Die GPK schliesst sich dieser Sichtweise an und hofft, dass dies juris-tisch zu keinen Problemen führen möge. Mit Brief vom 10. Mai 2007 teilte der Gemeinderat den Parlamentsmitgliedern mit, dass er das Geschäft zurückziehen werde, wenn bis heute Abend kein gültig unterschriebener Mietvertrag des Kantons vorliege. Fakt ist, dass kein rechtsgültig unterschriebener Mietvertrag vorliegt. Er ist zwar von den beiden Liegenschafts-verantwortlichen unterschrieben, jedoch vom Regierungsrat des Kantons Bern noch nicht genehmigt. Trotzdem zieht der Gemeinderat das Geschäft aus terminlichen Gründen nicht zurück. Der Termin für den Einzug per September 2008 könne nicht eingehalten werden, wenn der Beschluss heute nicht gefällt werde. Die GPK verlangte deshalb verbindliche Zusi-cherungen, dass bis zum Vorliegen des durch den Regierungsrat rechtsgültig genehmigten Mietvertrages nicht mit den Bauarbeiten begonnen werde. Das führte zu den im neuen Beschlussesentwurf aufgeführten Punkten 2: "Der Beschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Genehmigung des Mietvertrages durch den Regierungsrat des Kantons Bern" und 3: "Mit den Bauarbeiten wird erst nach Vorliegen des Regierungsratsbeschlusses begonnen". Den GPK-Mitgliedern wurde im Anschluss an die Sitzung eine zeitliche Grobplanung für das Projekt

abgegeben. Mit dem heutigen Beschluss sollte der Bezug der Lokalitäten am 1. September 2008 möglich sein. Zudem wünschte die GPK, dass sie sofort nach dem Vorliegen des rechtsgültigen Regierungsratsbeschlusses und der damit erfolgten Genehmigung des Mietvertrages informiert werde. Unter all den nun geschilderten Bedingungen empfiehlt Ihnen die GPK mit 6 : 0 Stimmen bei 1 Enthaltung, die Annahme des Geschäftes.

Frau Gemeinderätin Judith Ackermann (FDP): Nicht unwesentlich bei diesem Bau ist, dass mit dem Zusammenführen der beiden Blaulichtorganisationen Synergien genutzt werden können. So kann die bestehende Haustechnik - Heizung und Sanitärinstallationen - mit geringem Aufwand für das zusätzliche Volumen genutzt werden. Diese Aussagen sind nach wie vor richtig, auch wenn nun von 26 anstatt 20 Arbeitsplätzen und von 786 m² anstatt 600 m² Fläche die Rede ist. Dass der Anbau im Minergiestandard realisiert wird, ist selbstverständlich. Im Rahmen der Umsetzungsvorbereitungen für die Einführung der Einheitspolizei Police Bern haben die zukünftigen Mieter bemerkt, dass mehr Raum notwendig ist. Deshalb wurde der Anbau um ungefähr 6 Meter verlängert, was zu den genannten Mehrkosten von 750'000 Franken führt. Im Gegenzug führt das jedoch zu entsprechend höheren Mietzinseinnahmen. Somit bleibt die Rendite in etwa gleich. Um den Vergleich mit der Bruttorendite des früheren Projektes aufzuzeichnen, wurde der Landpreis nicht eingerechnet. Der Gemeinderat unterstützt das Bauvorhaben, macht jedoch zur Bedingung, dass vor dem Vorliegen des rechtsgültig vom Regierungsrat genehmigten Mietvertrages nicht gebaut werden kann. Seit dem letzten Montag liegt dieser Mietvertrag nun vor, jedoch vorbehaltlich der Genehmigung des Regierungsrates. Im Gemeinderat wurde über die Möglichkeit beraten, abzuwarten bis dieser Beschluss - der übrigens problemlos über die Bühne gehen sollte - vorliegt und das Geschäft im Parlament erst an der Sitzung vom August zu beraten. Dieses Vorgehen hätte jedoch eine massive Verzögerung des Bauprogrammes zur Folge und der vereinbarte Einzug per 1. September 2008 sowie die ganze Planung von Police Bern wären ins Wanken geraten. Deshalb ist im neuen Beschlussesentwurf der Vorbehalt - wie von Valentin Lager beschrieben - enthalten. Damit ist die notwendige Sicherheit gegeben, denn mit den Bauarbeiten wird erst beim Vorliegen des rechtsgültig durch den Regierungsrat genehmigten Mietvertrages und nach dem Ablauf der Frist für das fakultative Referendum begonnen. Auf unser Baugesuch hin gingen keine Einsprachen ein und die Baubewilligung liegt vor. Nachdem ich mich zur inhaltlichen Seite geäußert habe, wird nun Gemeindepräsident Luc Mentha zur formellen Situation sprechen.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Wie bereits von Valentin Lager erwähnt, beantragen wir das Geschäft als Nachkredit, da der Grundsatzentscheid für den Anbau des Polizeigebäudes am 19. Dezember 2005 gefallen und der Kredit für gewisse Planungsarbeiten bereits angezapft worden ist. In der GPK-Sitzung wurde von Valentin Lager die Frage gestellt, ob nicht der gesamte Kreditbeschluss neu hätte vorgelegt werden sollen. Der Gemeinderat stellte fest, dass beide Wege - Nachkredit und Neuauflage des Kredites - möglich sind. Es handelt sich bei diesem Geschäft um einen Grenzfall und hier komme wohl die Weisheit - zwei Juristen, drei Meinungen - zum Zug. Der Unterschied zwischen den beiden Vorgehen besteht darin, dass im ursprünglich vorgesehenen Vorgehen des Gemeinderates das fakultative Referendum nicht mehr vorgegeben war. Eine erneute Vorlage des ganzen Kredites hätte aber die Unterstellung unter das fakultative Referendum verlangt. Das Bundesgericht hat in einem neueren Fall angedeutet, dass eventuell - wenn der Gemeinderat sein gewähltes Verfahren anwendet - die so genannte Wahl- und Abstimmungsfreiheit als verletzt bezeichnet werden könnte. Deshalb entschied man sich an der GPK-Sitzung gemeinsam, das Vorgehen mit der Vorlage des Nachkreditbeschlusses zu wählen und diesen Beschluss dem fakultativen Referendum zu unterstellen. Damit sind wir in Bezug auf eine allfällige mögliche Rüge wegen Verletzung der Wahl- und Abstimmungsfreiheit auf der sicheren Seite. In diesem Sinn ist das vorliegende Geschäft korrekt aufgegleist.

Eintreten

Herr Hanspeter Kohler (FDP): Einmal mehr kommt ein Geschäft - dieses Mal in Form eines Nachkredites - nochmals vors Parlament. Einmal mehr war ein erstes Durchlesen der Vorlage etwas irritierend. Beim genauen Studium der Vorlage und nach Einholen einiger Zusatzinformationen, ist das Geschäft jedoch nachvollziehbar. Aus welchen Gründen? Der Grundsatzentscheid für den Anbau des Polizeigebäudes ist im Dezember 2005 gefallen. Die Bedürfnisse

von Police Bern mussten jedoch nach dem Abschluss von Reorganisationsprojekten angepasst werden. Der zusätzliche Platzbedarf war nicht vorhersehbar und ausserdem wurde dieser sehr spät angemeldet. Die Erklärung, dass der Nachkredit möglichst noch vor der Sommerpause vorgelegt wird, um den Zeitrahmen einzuhalten, ist plausibel. Die Gemeinde kann nicht für Verzögerungen verantwortlich gemacht werden, welche vom Kanton verursacht wurden. Man will jedoch unbedingt eine Bauverzögerung verhindern, denn der Einzugstermin 1. September 2008 muss garantiert werden. Infolge des Flächenmehrbedarfes werden entsprechend höhere Mietzinseinnahmen generiert und der definitive Mietvertrag mit der kantonalen Liegenschaftsverwaltung liegt vor. Er muss jedoch noch durch den Gesamt-Regierungsrat genehmigt werden. Dass der Nachkreditbeschluss dem fakultativen Referendum unterliegt - ich bin kein Jurist - stört in meinen Augen nicht. Mit der Vorlage des neuen Beschlussesentwurfes wurden die Mängel der ersten Vorlage aufgehoben und die FDP/jfk-Fraktion stimmt deshalb dem vorliegenden Nachkredit über 750'000 Franken zu. Verzögerungen können somit verhindert werden und der Standort der Polizeiwache - notabene in unserer Gemeinde - kann fristgerecht bezogen werden. Es wäre nicht vertretbar, müsste Police Bern einen anderen Standort suchen.

Herr Marco Streiff (EVP): Bereits Ende 2005 haben wir uns für den Standort von Police Bern in Köniz entschieden und dem damaligen Kreditantrag für den Anbau des Polizeigebäudes an der Sägestrasse zugestimmt. Nach wie vor steht unsere Fraktion hinter dem Projekt. Wir begrüssen einen Standort von Police Bern in Köniz. Der Mehrbedarf an Arbeitsfläche infolge mehr Arbeitsplätzen führt zur Vorlage eines Nachkredites in der Höhe 750'000 Franken. Die CVP/EVP-Fraktion wird dem vorliegenden Antrag zustimmen. Ich möchte zwei Punkte ansprechen, welche uns in der Vorlage etwas missfallen: Es wird eine Bruttorendite von 5,9 Prozent ausgewiesen. Weil jedoch der Landanteil nicht eingerechnet ist, wird sie tiefer ausfallen. Auch gaben uns die Ereignisse rund um die Aussage des Gemeinderates zu denken, er werde das Geschäft zurückziehen, wenn kein rechtsgültig unterschriebener Mietvertrag des Kantons vorliege. Der Mietvertrag liegt nun vor, es fehlt jedoch noch die Genehmigung des Gesamt-Regierungsrates und trotzdem beraten wir heute über dieses Geschäft. Bereits am 10. Mai 2007 wurde das Parlament über diesen Umstand informiert; der Gemeinderat wurde jedoch erst rund einen Monat später aktiv und hat beim Regierungsrat vorgesprochen. Die heutige Beratung im Parlament ist in unseren Augen nicht falsch, aber der Weg und die Kommunikation missfallen uns. Wir hoffen, dass solches in Zukunft besser angegangen wird und wir uns auf die Worte des Gemeinderates verlassen können. Wir sind froh über "den Brückenbau zu Köniz", den die GPK mit den Änderungen im Beschlussesentwurf gebaut hat.

Frau Claudia Egli (SP): Die Mitglieder der SP-Fraktion bestätigen das bisher zum Geschäft Geäusserte. Die SP-Fraktion will dieses Geschäft nicht schlecht machen. Wir sind der Meinung, es sei mutig vom Gemeinderat, einen Nachkreditantrag vorzulegen. Er hätte sich auch auf den Standpunkt stellen können, das Geschäft sei bereits weit fortgeschritten und er harre der Dinge die da kommen. Es ist in unseren Augen jedoch richtig, wenn ein Nachkreditantrag gestellt wird. Auch wenn das Thema Polizei nicht gerade ein "linkes" Thema ist; wir wollen den Standort von Police Bern im Herzen von Köniz, vor allem für die Könizer Bürgerinnen und Bürger. Aus all diesen Gründen stimmt die SP-Fraktion dem Nachkredit zu.

Frau Ursula Wyss (GFL): Dieser Nachkredit, über welchen wir heute abstimmen, macht Sinn. Vor eineinhalb Jahren, bei der ersten Vorlage im Parlament, waren die Vorbereitungen für die Einheitspolizei im Kanton noch nicht so weit fortgeschritten. Heute ist viel mehr bekannt und deshalb können die notwendige Fläche und die Anzahl Arbeitsplätze angepasst werden, was den Nachkredit von 750'000 Franken notwendig macht. Würden wir den Nachkredit nicht genehmigen, wäre der Standort Köniz von Police Bern gefährdet. Der Standort Köniz von Police Bern ist für viele Bewohnerinnen und Bewohner sehr wichtig, das zeigen die vielen Reaktionen auf die Schliessungen der Polizeiposten in Niederwangen und Wabern. Die GB/GFL-Fraktion stimmt dem Nachkreditantrag zu und unterstützt den neuen Beschlussesentwurf. Noch ein Wort zum Minergiestandard: Dieser ist, was ich schön und richtig finde, für Gemeinderätin Judith Ackermann selbstverständlich. Im Dezember 2005 antwortete die damalige Gemeinderätin Verena Berger auf die Frage von Urs Maibach in Bezug auf die Einhaltung des Minergiestandards wie folgt: "Urs Maibach erkläre ich, dass der Minergiestandard für uns bereits so klar und in der Gemeinde Köniz Voraussetzung fürs öffentliche Bauen ist, dass wir nicht einmal mehr davon sprechen." Ich wäre jedoch froh und

dankbar, wenn der Minergiestandard in den Vorlagen jeweils erwähnt wird, dann müssen keine dahingehenden Fragen mehr gestellt werden.

Herr Christian Burren (parteilos): Die SVP-Fraktion stimmte am 19. Dezember 2005 der Vorlage zu, weil der Standort einer Polizeiwache in Köniz gewünscht ist. Die SVP-Fraktion stimmt auch dem vorliegenden Nachkredit mit den Ergänzungen im neuen Beschlussesentwurf zu. In unseren Augen wäre es richtig, wenn in solchen Geschäften der Boden im Baurecht abgegeben wird. Dadurch kann der Baurechtsnehmer Änderungen selber vornehmen.

Frau Gemeinderätin Judith Ackermann (FDP): Ich beantworte die Frage von Ursula Wyss in Bezug auf die Erwähnung des Minergiestandards: Die Gemeinde Köniz ist Vorbild, was das Bauen im Minergiestandard betrifft und deshalb ist es für mich selbstverständlich, dass - dort wo es möglich ist - entsprechend gebaut wird. Da bereits das bestehende Gebäude im Minergiestandard erstellt wurde, wird das neue Gebäude entsprechend realisiert. Bei diversen Votanten liegt eindeutig ein Missverständnis vor. Der Mietvertrag ist durch die beiden zuständigen Liegenschaftsverwaltungen unterschrieben. Frau Gemeinderätin Marianne Streiff bemühte sich sehr, den Vertrag zeitgerecht vorzulegen und verhandelte intensiv mit den zuständigen Regierungsräten. Die Meinung, dass die Gemeinde Köniz nicht Druck gemacht habe, ist falsch. Im Gegenteil. Anlässlich der letzten Session des Grossen Rates in Bern fanden intensive Gespräche statt und uns wurde bestätigt, die Genehmigung des Mietvertrages durch den Gesamt-Regierungsrat sei problemlos. In meinen Augen können wir uns doch auf Worte von Regierungsräten verlassen. Der Mietvertrag liegt unterschrieben vor, jedoch ohne formellen "Segen" des Gesamt-Regierungsrates. Für die Beantwortung der Frage in Bezug auf die Bruttorendite gebe ich das Wort an Gemeindepräsident Luc Mentha.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich glaube nicht, dass in Bezug auf die Bruttorendite noch grosser Erklärungsbedarf vorhanden ist. Ich gebe zum besseren Verständnis folgende Erklärung ab: Als wir mitteilten, dass der Mietvertrag bis zur Parlamentssitzung von heute unterschrieben sein sollte, gingen wir im Gemeinderat davon aus, dieser Mietvertrag könne auf Stufe Verwaltung rechtsgültig unterschrieben werden. Der Vormietvertrag, der Ihnen an der Sitzung vom 19. Dezember 2005 vorlag, wurde durch die beiden Liegenschaftsverwaltungen unterzeichnet. Erst zu einem späteren Zeitpunkt erhielten wir die Information von Frau Regierungsrätin Egger, dass im vorliegenden Fall die regierungsrätliche Zustimmung notwendig sei. Wir einigten uns nun jedoch auf ein gemeinsames Vorgehen. Für den Gemeinderat wäre es selbstverständlich gewesen, dass auch ohne die Ergänzungen im Beschlussesentwurf - die wir im Übrigen begrüßen - mit den Bauarbeiten nicht vor dem Vorliegen des durch den Regierungsrat genehmigten Mietvertrages begonnen worden wäre.

Mit 36 Stimmen bei 1 Enthaltung (Ziffern 1 - 3), fasst das Parlament folgenden

Beschluss

- 1. Das Parlament bewilligt für den Neubau der Polizeiwache Sägematte, Köniz, einen Nachkredit von CHF 750'000.00 zuzüglich allfälliger Teuerung zu Lasten Konto Nr. 142.503.1210.*
- 2. Der Beschluss des Parlamentes erfolgt unter dem Vorbehalt der Genehmigung des Mietvertrages durch den Regierungsrat des Kantons Bern.*
- 3. Das Parlament beschliesst, dass mit den Bauarbeiten erst nach Vorliegen des Regierungsratsbeschlusses begonnen wird.*

Der Kreditbeschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

6. Rechnungsprüfungsorgan / Revisionsstelle

Antrag; Geschäftsprüfungskommission

Herr Valentin Lagger (CVP; GPK-Sprecher in Vertretung des abwesenden Harald Henggi): Gemäss kantonalen, aber auch kommunalen gesetzlichen Regelungen müssen die Jahresrechnungen von Gemeinden durch eine fachkompetente Stelle revidiert werden. Mit Brief vom 22. Februar 2007 wurden insgesamt vier Firmen angeschrieben, eine Offerte für die Revision der Gemeinderechnung von Köniz für die Jahre 2007 - 2010 einzureichen. Im Brief waren die Zuschlagskriterien definiert, nach welchen die GPK als zuständiges Organ letztlich

ihren Entscheid gefällt und offengelegt hat. Am höchsten wurde das Preiskriterium gewichtet. Das ist in diesem Zusammenhang kein Problem, weil davon ausgegangen werden kann, dass die Revisionsgesellschaften in der Lage sind, die gesetzlichen Anforderungen erfüllen zu können. Normalerweise ist das Preiskriterium eher zweitrangig. Eingegangen sind drei Offerten. Die Anonymisierung der Offerten erfolgte nach Absprache mit dem Rechtsdienst. Die GPK prüfte die drei eingegangenen Offerten sorgfältig. Anhand der Kriterien haben Harald Henggi und ich sowie die GPK-Sekretärin die Offerten bewertet und die GPK hat sich auf Antrag hin für die erwähnte Firma X ausgesprochen. Mit der heutigen Wahl sind wir noch nicht ganz am Ende des Verfahrens angelangt. Das Verfahren ist erst dann formell korrekt abgeschlossen, wenn die heute gewählte Firma X das Mandat auch akzeptiert. Bis zu diesem Zeitpunkt entspricht es der Usanz, die gewählte Firma nicht öffentlich zu benennen. Selbstverständlich halten wir uns an diese Spielregeln. Ein letzter Hinweis: Alle Firmen, welche Offerten eingereicht haben, gehen davon aus, dass die in der Ausschreibung erwähnten 400 Stunden von der internen Finanzkontrolle in Absprache und zu Gunsten der externen Revision auch effektiv geleistet werden. Gegenüber bisher werden die Kosten für die externe Revision leicht günstiger sein. In diesem Sinn empfiehlt die GPK dem Parlament einstimmig die Wahl der Firma X.

Eintreten

Herr Martin Graber (SP): Selbstverständlich benötigt die GPK für die Prüfung der Jahresrechnung die Unterstützung einer Rechnungsprüfungsfirma. Wir sind aus diesem Grund auf das vorliegende Geschäft eingetreten. Die dem Parlament vorgelegte Botschaft ist jedoch sehr dürftig. Eigentlich sagt sie - ausser dem Preis - nichts. Für die Entscheidung muss ich den Namen der Firma nicht kennen; aber es ist sonst auch nichts bekannt. In der Beilage zur Botschaft ist zwar etwas über Zuschlagskriterien erwähnt, aber welche und wie sie gewichtet wurden, ist dem Parlament nicht bekannt. Vorgängig hätte mich interessiert, nach welchen Kriterien die Offerten eingeholt worden sind. Erst seit kurzem ist uns bekannt, wie sich der Preis gegenüber der letzten Periode verändert hat. Die vorliegende Botschaft ist für uns Parlamentsmitglieder viel zu wenig aussagekräftig. Wir müssen hier die "Katze im Sack" kaufen. Aus diesem Grund beantragt die SP-Fraktion gemäss Art. 36 Abs. 2 unseres Geschäftsreglementes, die Rückweisung des Geschäftes. Wir erwarten eine detailliertere Botschaft, die besseren Informationen über die Zuschlagskriterien enthält.

Herr Valentin Lagger (CVP): Selbstverständlich können hier verschiedene, von Martin Graber angefragte Details offengelegt werden. Ich weise darauf hin, dass auch die SP in der GPK zwei Vertretungen aufweist, welche ihre Fraktion über die Verhandlungen hätten informieren können. Für die Bewertung der Offerten hatten wir drei Kriterien zur Verfügung. Das erste war der Angebotspreis. Die gewählte Firma offerierte für 112'000 Franken für vier Jahre, macht 28'000 Franken pro Jahr. Das zweite Kriterium war die Zeit- und Arbeitsplanung. Bereits in meinem ersten Votum erklärte ich, für die Revision einer Gemeinderechnung könne die Welt nicht neu erfunden werden. Die Zeit- und Arbeitsplanung beginnt im September bis März mit der Vorbereitung der Rechnungsprüfung, dann die Prüfung der internen Kontrollsysteme, danach die Prüfung der Rechnungslegung und abschliessend die Berichterstattung. Das entspricht einem absolut normalen Vorgehen bei Revisionen und hier haben sich alle offerierenden Firmen gleich verhalten und gleich offeriert. Als drittes Kriterium wurden die auftragsbezogenen Referenten gewichtet. Alle Firmen haben offengelegt, in welchen Bereichen, Gemeinden und Institutionen sie bereits Revisionen durchführen. Die drei Kriterien wurden mit Prozentzahlen gewichtet, die im Ausschreibungsbrief erwähnt worden sind. Das Preiskriterium wurde mit 70 Prozent gewichtet, das Zeit- und Arbeitsplanungskriterium mit 15 Prozent, wie auch das Kriterium der auftragsbezogenen Referenzen. Das entspricht dem ausgeschriebenen Mandat. Es ist wirklich davon auszugehen, dass die angeschriebenen Firmen wissen, um was es geht. In diesem Sinne ist es nur logisch, dass dem Preis die höchste Gewichtung zufällt. Letztendlich entschied man sich für das günstigste Angebot. Ich bitte Sie, die nun aus dem Sack gefallene Katze zu kaufen und der Empfehlung der GPK zu folgen.

Herr Martin Graber (SP): Ich frage mich, weshalb der Antrag so dürftig war und die nun von Valentin Lagger aufgeführten Erklärungen nicht enthalten waren. Aus unserer Fraktion sind zwei Mitglieder GPK-Mitglieder, aber für diese besteht Geheimhaltungspflicht. Ich danke Valentin Lagger für seine Ausführungen und ziehe somit meinen Rückweisungsantrag zurück.

Einstimmig (Ziffern 1 - 3), fasst das Parlament folgenden

Beschluss

1. *Das Parlament wählt als Geschäftsprüfungsorgan die Firma X.*
2. *Die Revisionstätigkeit gilt für die Jahre 2007 - 2010.*
3. *Die Arbeiten werden an die Revisionsfirma X, zum Preis von CHF 112'000.00 (netto), zu Lasten Konto Nr. 100.318.70 vergeben.*

7. Postulat FDP betr. Arbeitsausschreibungen in der Gemeinde Köniz

Erfüllung und Abschreibung 0420; Direktion Gemeindebauten

Herr Thomas Hänni (FDP): Die FDP/jfk-Fraktion nimmt vom Bericht des Gemeinderates zu diesem Postulat positiv Kenntnis. Dass die Wertschätzung für die Industrie- und Gewerbebetriebe gross ist und die Kontakte intensiviert wurden, ist als positiv zu bewerten. Die Richtlinien und Schwellenwerte werden nach wie vor eingehalten, was wichtig und richtig ist. Es kann nicht sein, dass in unserer Gemeinde eine so genannte "Vetterli-Wirtschaft" entsteht. Wichtig ist vor allem, dass die Verwaltung dort, wo sie Einfluss auf Vergabungen in der Gemeinde nehmen kann, den Spielraum ausnützt, damit der Steuerfranken in der Gemeinde bleibt. Sicher ist es auch ökologisch sinnvoll, wenn lange Anfahrtswege für kleine Arbeiten wegfallen und die anfallenden Arbeiten durch ansässige Dienstleistungsbetriebe mit kurzen Anfahrtswegen erledigt werden können. Klar ist auch, dass der grösste Teil der Lehrstellen Suchenden aus der Gemeinde ihre Ausbildung in Unternehmen der Region absolvieren. Der Kontakt der Betriebe zu Schulen oder berufsvorbereitenden Schuljahren findet in der Regel in der Region statt. Man kennt sich. Dass der partnerschaftliche Kontakt zwischen Gemeinderat und Unternehmen gefördert wird, ist sicher als sehr positiv zu werten. Wir hoffen, dass die angebotenen Feierabend-Gespräche von den Unternehmen als Plattform genutzt werden. Der bereits bestehende Kontakt zwischen der Könizer KMU oder der IG Wangental und dem Gemeinderat funktioniert sehr gut. Die FDP/jfk-Fraktion erklärt sich mit der Abschreibung des Postulates einverstanden und wir hoffen, dass die bereits guten Beziehungen in Zukunft noch ausgebaut werden können.

Herr Ueli Salvisberg (SVP): Ich schlage in dieselbe Kerbe wie Thomas Hänni. Aus der Antwort des Gemeinderates ist ersichtlich, dass das öffentliche Beschaffungswesen eine komplizierte Angelegenheit ist. Einerseits fordert das Gewerbe mehr und vor allem einfachere Vergabekriterien und andererseits hat sich die Gemeinde innerhalb ihrer Vorgaben bezüglich Submissionen zu bewegen. Vom VRB, vom Gatt und sogar von der WTO sind Vorschriften zu übernehmen. Ich fordere den Gemeinderat und die Verwaltung auf, den sicher kleinen verbleibenden Spielraum wenn immer möglich für das Könizer Gewerbe in die Waagschale zu werfen. Persönlich gefällt mir sehr gut, dass der Gemeinderat die Nähe zum Gewerbe sucht. Das manifestiert sich in der Aufnahme der bereits erwähnten so genannten Feierabend-Gespräche. Hier kann sich das Gewerbe präsentieren und anfallende Fragen klären. Dieses Denken ist sehr fortschrittlich. Ich hoffe aus der Sicht des Könizer Gewerbes, dass dieses Postulat das eine oder andere bewegen wird.

Herr Christoph Salzmann (SP): In meinem privaten Einladungs- und freihändigen Verfahren spielen neben dem Kriterium Lehrbetrieb auch die Könizer Betriebe eine wichtige Rolle, sofern sie bereit sind, mir Offerten zu machen. In dem Sinn stiess der seinerzeitige Appell von Christian Vifian anlässlich seiner Rücktrittsrede bei mir auf offene Ohren. Ich möchte dies als Vorbemerkung eines marktorientierten Sozialdemokraten betonen, damit die nachfolgenden Worte nicht als gewerbefeindlich missdeutet werden. Zu drei Fragen des Postulates habe ich drei Bemerkungen oder weiterführende Fragen.

Zur Frage in Bezug auf die Lehrlingsausbildung: Gemäss Art. 6 des ÖBV (Öffentliches Beschaffungswesen des Kantons Bern) kann das Kriterium Berufsbildung als Eignungskriterium berücksichtigt werden; hingegen nicht als Zuschlagskriterium. Es gibt somit einen kleinen Spielraum, der auch im Einladungs- und freihändigen Verfahren vorhanden ist. Ich hoffe, der Gemeinderat wird dieses Kriterium benützen. Zudem sind momentan im Kanton Abklärungen im Gang, die Berufsbildung als Zuschlagskriterium aufzunehmen. Ich hoffe, dass die Gemeinde Köniz - sollte dieses Zuschlagskriterium aufgenommen werden - mitziehen wird.

Zur Frage 6, die Bevorzugung von ortsansässigen Betrieben, die in meinen Augen eine sehr zentrale Frage ist: Wir finden es richtig, wenn im freihändigen und im Einladungsverfahren hiesige Betriebe Beachtung finden. Drei kleine Einwände: Wenn immer nur Könizer Firmen eingeladen würden, könnten sich oligopole Strukturen bilden, welche sich preistreibend auswirken würden. Das wäre keinesfalls wirtschaftsliberal. In einem gewissen Masse sollte auch die Konkurrenz von Auswärtigen eine Rolle spielen. Wie wird "ortsansässig" definiert? Wie wird z.B. die Tatsache gehandhabt, wenn der Firmensitz in Bern ist, der Besitzer oder Hauptaktionär jedoch in Köniz wohnhaft und steuerpflichtig ist? Oder umgekehrt, wenn der Firmensitz in Köniz ist, der Besitzer jedoch in einer anderen Gemeinde wohnt? Ich nehme an, dass die meisten Könizer Betriebe auf Aufträge von Bern und anderen Gemeinden der Region angewiesen sind. Würde die Gemeinde Köniz nur noch ortsansässige Firmen berücksichtigen und Bern im Gegenzug das Gleiche praktizieren, wäre das für die Könizer KMU von Vorteil?

Zur Frage 4: Gemäss Art. 24f des ÖBV sind die erwähnten Kriterien wichtig. Er beinhaltet, daneben noch das Kriterium der Einhaltung der Gesamtarbeitsverträge und der Lohnungleichheit zwischen Mann und Frau zu prüfen, und dies nicht nur stichprobenweise. Der Gemeinderat sagt in seiner Antwort hier nichts, denn im Postulat wurde auch nicht danach gefragt. Ich nehme jedoch an, dass er diese Kriterien beachtet. Die SP wird der Abschreibung dieses Postulates zustimmen.

Frau Liz Fischli (GB): Ich fahre dort weiter, wo mein Vorredner, Christoph Salzmann, aufgehört hat. Die GB/GFL-Fraktion dankt dem Gemeinderat grundsätzlich für die Antwort. Allerdings vermissen wir bei den Ausführungen eine vertiefte Auslotung des Spielraumes, der den Gemeinden durchaus auch nach geltendem Recht zusteht. Das öffentliche Beschaffungsrecht sieht vor, dass die Auftraggebenden den Kreis von Anbietenden im offenen, selektiven Verfahren auch anhand von Eignungskriterien sogar bestimmen könnten. Die Verordnung erwähnt zulässige Eignungskriterien beispielhaft. Besonders die fachliche, technische, organisatorische und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Sie hält ausserdem ausdrücklich fest, dass beispielsweise besondere Leistungen zugunsten der Berufsbildung und besondere Massnahmen zur Förderung der Gleichstellung von Mann und Frau berücksichtigt werden können. Diese Beispiele sind ausdrücklich nicht abschliessend gemeint; sie lassen durchaus Raum für weitere. Umgekehrt sind das Nichtbezahlen von Steuern oder Sozialleistungen, die Missachtung von Lohnungleichheit und der gesetzlichen Anforderungen an die Arbeitsbedingungen, Konkursverfahren sowie die Nichteinhaltung von Umweltbestimmungen ganz klare Ausschlussgründe. Die Stossrichtung der Gesetzgebung ist somit deutlich. Soziales und umweltbewusstes Wirtschaften kann und soll bei den einzelnen Vergabungen sehr wohl und gezielt über die so genannten Eignungskriterien berücksichtigt werden. Mit diesen Beispielen möchten wir den Gemeinderat ermutigen, davon Gebrauch zu machen und den vorhandenen Spielraum zu nutzen. Dies nicht nur im Einladungs- und freihändigen, sondern auch im offenen, selektiven Verfahren.

Frau Gemeinderätin Judith Ackermann (FDP): Grundsätzlich spüre ich viel Positives, was mich freut. Ich möchte einige Fragen beantworten. Ich versichere Ihnen, dass der Wettbewerb spielt. Wir müssen keine Angst haben, irgendeinmal vor dem Problem zu stehen, dass dieser Markt nicht mehr spielt, weil wir in einem gewissen Rahmen nur Könizer Firmen berücksichtigen. Wir verlangen Offerten auch im kleinen Rahmen und vergeben nicht einfach Aufträge. Die verschiedenen rechtlichen Grundlagen von kantonalen Gesetzen, vom Binnenmarktgesetz bis hin zu Gatt- und WTO-Übereinkommen, schränken uns in der Bewegungsfreiheit sehr stark ein. Ausserdem halten wir uns an die Richtlinien und Schwellenwerte des VRB, was garantiert, dass wir andere Anbieter im vereinbarten Rahmen berücksichtigen. Nun muss man sich vor Augen halten, dass auf Könizer Gemeindeboden rund 1'500 Gewerbebetriebe ansässig sind. Das sind auf der einen Seite kleine Unternehmen in den Sektoren Gewerbe, Industrie und Landwirtschaft und auf der anderen Seite die grösseren Firmen im Handels- und Dienstleistungssektor. Zusammen beschäftigen diese über 16'000 Personen. Die erwähnten Massnahmen kommen vor allem den kleineren und mittleren Betrieben zugute. Man muss folgenden Unterschied sehen: Das selektive und offene Verfahren wird automatisch dann ausgelöst, wenn der Auftrag den Betrag von 100'000 Franken überschreitet. Hier sind keine grossen Möglichkeiten mehr vorhanden, mit den von Liz Fischli genannten Kriterien einzugreifen. Wir sind in diesem Bereich sehr eng begrenzt, da harte und weiche Kriterien vorhanden sind, die wir einzuhalten haben. Die weichen Kriterien sind sehr schwierig einzu-

bringen, wenn die Kriterienpunkte nach Prozentsätzen gewertet werden. Wird ein Auftrag ausgeschrieben, muss ganz klar ausgewiesen werden, nach welchen Kriterien beurteilt wird. In der Gemeinde Köniz sind sehr viele kleine Betriebe reine Familienunternehmen, von welchen die Besitzer und viele Angestellte in der Gemeinde Köniz wohnen. Dieser Umstand wird viel diskutiert und die Grenze, was ein Könizer Unternehmer ist, kann nicht immer klar gezogen werden. Bei den Familienbetrieben ist es meistens klar, die Besitzer wohnen in der Gemeinde Köniz. Für Unternehmen mit Sitz in Köniz ist die Situation auch klar. Es gibt jedoch auch Unternehmen mit Sitz in Bern, deren Inhaber, Kadermitarbeiter oder Geschäftsführer Wohnsitz in Köniz haben. Dort sind wir auf Informationen der Geschäfte angewiesen, die gerne Aufträge von der Gemeinde erhalten würden. Deshalb führen wir die so genannten Feierabend-Gespräche durch. Es ist auch im Interesse der Unternehmen selber, dass sie uns erklären, Aufträge zu wollen. All das muss sehr vorsichtig genossen werden, denn unser Kriterium ist eigentlich klar: Firmensitz oder Wohnsitz des Inhabers oder Geschäftsführers in Köniz. Damit ist eine gewisse Richtschnur vorhanden. Ich erkläre noch, dass es dem Gemeinderat ein wichtiges Anliegen ist, die Zusammenarbeit zu fördern. Mit den so genannten Feierabend-Gesprächen geben wir Unternehmen, welche neu und noch nicht lange in der Gemeinde Köniz tätig sind, die Möglichkeit, mit dem Gemeinderat zu diskutieren.

Zu Frage 7 betreffend Lehrlingsausbildung, welche von Herrn Salzmann angesprochen wurde: Dieses Kriterium bietet der Gemeinde Köniz im Einladungsverfahren oder bei freihändigen Verfahren die Möglichkeit, Einfluss zu nehmen. Genau so, wie wir im Kriterium betreffend Anfahrtsweg Einfluss nehmen können. Es erscheint logisch zu sein, kleinere Arbeiten, z.B. an Schulhäusern, in der Gemeinde ansässigen Geschäften zu erteilen. In Ihrem Privatleben werden Sie sicher Geschäfte berücksichtigen, welche keine grossen Kosten für die Anfahrt verursachen. Das Kriterium in Bezug auf die Lohnungleichheit wird zusammen mit den Gewerkschaften behandelt. Alle von mir nun genannten Faktoren, werden dort miteinbezogen, wo wir den Spielraum ausloten können. Der Gemeinderat gibt dieser Wertschätzung Ausdruck, indem er zu Frage 6 erklärt, die Könizer Unternehmen würden bei freihändigen und bei Einladungsverfahren bevorzugt, indem sie direkt beauftragt oder zur Offertstellung eingeladen werden. Wir gehen alle in die gleiche Richtung und ich bin überzeugt, dass dies bei den Könizer Unternehmen gut ankommt. Ich bin sehr positiv überrascht über die guten Reaktionen zugunsten der Könizer Unternehmen.

Einstimmig, fasst das Parlament folgenden

Beschluss

Das Postulat FDP betr. Arbeitsausschreibungen in der Gemeinde Köniz (0420) wird abgeschrieben.

8. Motion SVP betr. Finanzstrategie und Aufgabenüberprüfung

Erfüllung und Abschreibung 0423; Direktion Präsidiales und Finanzen

Herr Stefan Lehmann (SVP): Ziel unserer Motion war, dass der Gemeinderat dem Parlament aufzeigt, wie die Finanzen der Gemeinde Köniz langfristig saniert werden können. Wir danken dem Gemeinderat für seine Antwort. Der Gemeinderat zeigt uns mit der Vorlage der Finanzstrategie 2006 - 2010 und dem Sanierungspaket 2007/2008 den Weg auf. Wie er richtig festhält, wurde im Dezember 2006 mit dem Budget 2007 erstmals ein ausgeglichenes Budget ohne ausserordentlichen Ertrag - dies sicher auch dank der Rückweisung anlässlich der ersten Beratung - verabschiedet. Mit der Rechnung 2006 ist der Bilanzfehlbetrag fast ganz abgeschrieben. Damit ist der Auftrag der Motion im Moment erfüllt und sie kann abgeschrieben werden. Einige Bemerkungen zur Zukunft: Um die gute Ausgangslage zu erhalten, sind weiterhin Ausgabendisziplin und Verzichtsplanung notwendig. Wir dürfen nicht in alte Fahrwasser zurückfallen. Der Unterhalt der Infrastruktur darf nicht vernachlässigt werden. Steuersenkungen sind nur aufgrund einer sauberen Planung anzustreben und ein Eigenkapital in der Höhe von 1 - 3 Steuerzehnteln ist zu schaffen. Wenn sich der Gemeinderat und das Parlament an diesen Zielen orientieren, sollte nichts schiefgehen. Andernfalls kann erneut ein Vorstoss eingereicht werden.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich danke Stefan Lehmann für seine Ausführungen. Ich bin mit dem Gesagten einverstanden, vielleicht mit Ausnahme der Bedeutung der Rück-

weisung des ersten Budgets 2007 anlässlich der Sitzung vom 18. Dezember 2006.

Einstimmig, fasst das Parlament folgenden

Beschluss

Die Motion SVP betr. Finanzstrategie und Aufgabenüberprüfung (0423) wird abgeschrieben.

9. Motion Mader SP/JUSO betr. Alkohol- und Tabakwerbeverbot

Erstreckung der Erfüllungsfrist 0424; Direktion Planung und Verkehr

Frau Elsbeth Troxler (SP): Die SP-Fraktion kann dem Antrag auf Fristverlängerung zustimmen. Wir haben am 12. März 2007 beschlossen, das Postulat nicht als erfüllt abzuschreiben. Seiher hat sich inhaltlich nichts geändert.

Herr Marco Streiff (EVP): Im kantonalen Gesetz über Handel und Gewerbe (HGG) ist seit anfangs 2007 unter dem Titel "Beschränkung des Handels mit Tabak und alkoholischen Getränken" in Art. 15 Folgendes festgehalten: "Die Werbung für Tabak und alkoholische Getränke ist verboten a) auf öffentlichem Grund und auf von diesem einsehbarem privatem Grund; b) an und in öffentlichen Gebäuden." Ich frage mich nun ernsthaft, weshalb die Gemeinde Köniz ein eigenes Reglement benötigt, wenn ein kantonales vorhanden ist. Dies nach dem Motto, jedem sein eigenes Gärtlein. Die CVP/EVP-Fraktion steht nach wie vor hinter dem Anliegen der Motion. Wir hoffen, dass die Umsetzung möglichst schnell erfolgt.

Frau Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP): Ich danke Marco Streiff für sein Votum. Bereits in der Beantwortung der Motion vom Februar 2007 hat der Gemeinderat darauf hingewiesen, dass ein grosser Teil der Gemeinde durch Art. 15 des Gesetzes über Handel und Gewerbe (HGG) erfasst ist. Die Umsetzung des kantonalen Reglementes ist Pflicht und wird - weil gewünscht - ins Reklamereglement aufgenommen. Eine andere Lösung wäre jedoch auch möglich.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Während des Gespräches von Gemeinderätin Katrin Sedlmayer nahm ich Rücksprache mit der Gemeindeschreiberin Beatrice Zbinden. Man könnte an sich einen Antrag auf Abschreibung des Vorstosses stellen. Somit müsste kein Reglement für etwas ausgearbeitet werden, das in der kantonalen Gesetzgebung bereits vorhanden ist.

Herr Bernhard Bichsel (jfk): Ich habe bereits zu einem früheren Zeitpunkt erwähnt, für mich gehöre dieses Reklamereglement nicht auf Gemeindeebene. Ich stelle Antrag auf Abschreibung der vorliegenden Motion.

Herr Hugo Staub (SP): In der Antwort des Gemeinderates ist der Satz zu lesen: "Damit wird bereits ein grosser Teil der Gemeinde durch das Verbot erfasst und das Anliegen der Motion im Grundsatz erfüllt. Nun muss ich, vor einer Diskussion über die Abschreibung, wissen, was heisst "ein grosser Teil der Gemeinde" und welche Teile der Gemeinde sind nicht erfasst? Was ist mit den Worten "im Grundsatz erfüllt" gemeint?"

Herr Valentin Lagger (CVP): Im Text der Motion ist festgehalten: "Der Gemeinderat wird beauftragt, ein allgemeines Alkohol- und Tabak-Plakatwerbeverbot 1. auf öffentlichem Grund sowie 2. auf Privatgrund, der von öffentlichem Grund her einsehbar ist, zu erlassen." Der Wortlaut von Art. 15 im kantonalen Gesetz über Handel und Gewerbe lautet aus meiner Sicht genau gleich. Wenn ich davon ausgehen darf, dass alle Teile der Gemeinde Köniz auch Teile des Kantons Bern sind, bin ich der Meinung, der Vorstoss könne abgeschrieben werden.

Frau Katrin Sedlmayer (SP): Ich komme auf die Frage von Hugo Staub zurück: Auf privatem Grund, der von öffentlichem Grund nicht einsehbar ist, sind Alkohol- und Tabakwerbungen noch gestattet. Das Interesse, an solchen Orten Werbung zu betreiben wird jedoch sehr klein sein.

Mit 31 Stimmen bei 6 Enthaltungen fasst das Parlament folgenden

Beschluss

Die Motion Mader SP/JUSO betr. Alkohol- und Tabakwerbeverbot (0424) wird gemäss Antrag von Bernhard Bichsel abgeschrieben

10. Motion Egli-Steiner SP betr. altes Schulhaus in Niederwangen

Beantwortung 0626; Direktion Gemeindebauten

Frau Claudia Egli (SP): Mein erster Vorstoss in diesem Parlament, den ich zusammen mit Daniel Krebs (SVP) einreichte, betraf vor rund 5 Jahren die Sanierung des alten Schulhauses in Niederwangen. Die schon damals dringend notwendige Sanierung wurde uns versprochen. Diese sei wichtig, weil das alte Schulhaus in einem schlechten Zustand sei. Die damals vom Gemeinderat beantragte Abschreibung wurde vom Parlament nicht gewährt. Dem Gemeinderat wurde der Auftrag erteilt, in dieser Sache vorwärts zu machen. Die zweite Antwort des Gemeinderates fiel kürzer aus und der Vorstoss wurde abgeschrieben. Dies mit der Absicht, zu einem späteren Zeitpunkt wiederum einen Vorstoss einzureichen. Wir mussten leider feststellen, dass die Sanierung des alten Schulhauses in Niederwangen aus dem Investitionsplan gefallen ist und sich die uns damals gemachten Versprechen in Luft auflösten. Wenn nun die Motion - wie vom Gemeinderat beantragt - in ein Postulat umgewandelt und abgeschrieben wird, kann die Sanierung des alten Schulhauses in Niederwangen erneut aus dem Investitionsplan fallen und es ist keine Verbindlichkeit mehr vorhanden, diese dringend notwendige Sanierung nun anzugehen. Wird die Motion aufrechterhalten, muss man sich bis spätestens 2009 dem alten Schulhaus Niederwangen annehmen, da es sich energiemässig in einem schlechten Zustand befindet. Die für Vorabklärungen im Investitionsplan eingesetzten 50'000 Franken machen nur dann Sinn, wenn die Umsetzung in den nächsten zwei Jahren erfolgt. Wenn erst in fünf bis sechs Jahren mit Abklärungen begonnen würde, wäre das schade für all die kleinen Mittel, welche bis anhin für die Bewohnbarkeit des alten Schulhauses eingesetzt worden sind. Deshalb bitte ich Sie, für die Aufrechterhaltung der Motion zu stimmen, d.h. weder Umwandlung in ein Postulat noch Abschreibung.

Frau Gemeinderätin Judith Ackermann (FDP): Wir nehmen dieses Anliegen sehr ernst. Die im Investitionsplan eingesetzten 50'000 Franken zeigen auf, dass wir die Sanierung des alten Schulhauses in Niederwangen in unser Programm aufnehmen wollen. Die vorgesehenen 50'000 Franken sollen für Planungsstudien eingesetzt werden. Fachingenieure werden feststellen, in welchem Zustand sich Bausubstanz, Heizung sowie Elektroinstallationen befinden und die Kosten für die Sanierung schätzen. Diese Grundlage ist für das weitere Vorgehen notwendig. Der Gemeinderat sieht die Notwendigkeit einer Sanierung absolut ein. Das alte Schulhaus in Niederwangen soll in einen anständigen Zustand gebracht werden. Darin sind wir uns alle einig. Einzig beim richtigen Zeitpunkt gehen unsere Meinungen auseinander. Zu vieles ist im Fluss und die Abhängigkeiten zur Überbauung Ried und von einer eventuellen Einführung der Basisstufen an den Schulen macht die Fixierung eines Termins zum heutigen Zeitpunkt unmöglich. Die verschiedenen Faktoren müssen einbezogen werden, damit bei der Renovation die richtigen Entscheide gefällt werden. Das heisst nun leider, dass sich der Gemeinderat nicht mit der Motion verpflichten lassen kann, auf jeden Fall im Jahr 2009 mit der Sanierung zu beginnen. Wir benötigen Spielraum und bitten Sie, der Umwandlung in ein Postulat zuzustimmen.

Herr Marco Streiff (EVP): Dass sich das alte Schulhaus Niederwangen in einem schlechten Zustand befindet und Handlungsbedarf nötig ist, wurde bereits gesagt. Ich weise auf Folgendes hin: Ich kenne im Wangental kein anderes Haus, das von so vielen verschiedenen Institutionen und Vereinen genutzt wird und der Gesellschaft damit einen guten Dienst erweist. Im Motionstext ist zu lesen, dass der Jugendtreff, der Kindergarten, die Kindertagesstätte, die Kinderkrippe und die Mediothek im alten Schulhaus eingemietet sind. Aufgrund dieser Tatsache ist Handlungsbedarf jetzt notwendig und nicht erst zu einem späteren Zeitpunkt. Ich kann nicht ganz nachvollziehen, weshalb die Sanierung des alten Schulhauses in Niederwangen mit der Überbauung Ried einen Zusammenhang haben soll. Im Ried wird die Realisierung eines neuen Schulhauses geprüft. Vielleicht kann Gemeinderätin Judith Ackermann dies noch präzisieren. Die CVP/EVP-Fraktion wird die Umwandlung in ein Postulat ablehnen.

Herr Ueli Salvisberg (SVP): Ich komme auf den letzten Satz im ersten Absatz der Antwort des Gemeinderates zu sprechen. Es ist nachzulesen, dass die Terminierung der Gesamt-sanierung in diesem Fall tatsächlich eine Frage der finanziellen Möglichkeiten sei. Aufgrund der guten Konjunkturlage und der zu erwartenden guten Rechnungsabschlüssen in den kommenden Jahren hat der Gemeinderat bereits Steuersenkungen in Aussicht gestellt. Die SVP reagierte sofort auf diese Ankündigungen und verlangte vom Gemeinderat vor einer Steuer-

senkung, die Erledigung aller dringend anstehenden Unterhaltsarbeiten. Das alte Schulhaus Niederwangen, das - wie gehört - von vielen Institutionen genützt wird - befindet sich in einem schlechten Zustand. Die SVP-Fraktion wird die Umwandlung in ein Postulat ablehnen.

Frau Liz Fischli (GB): Die Antwort von Gemeinderätin Judith Ackermann macht mich nun etwas unsicher. Ich denke, es gibt Gründe genug, die Sanierung des alten Schulhauses in Niederwangen nun anzugehen. Die Situation in Niederwangen muss aber auch ganzheitlich betrachtet werden, das erscheint uns richtig. Ausserdem sind Abhängigkeiten vom noch ausstehenden kantonalen Entscheid in Bezug auf die Basisstufe hängig. Der Entscheid, mit der Beibehaltung der Motion spätestens 2009 die Sanierung zu veranlassen oder mit der Umwandlung der Motion in ein Postulat einen grösseren zeitlichen Spielraum zu erhalten, liegt bei Ihnen allen. Für die GB/GFL-Fraktion ist klar, dass bei den Abklärungen auf jeden Fall nach den bestmöglichen energieeffizienten Sanierungsmassnahmen gesucht werden muss, damit Altes und Neues verbunden werden kann. Das sanierte alte Schulhaus in Niederwangen soll sich in ein ganzes Konzept mit den übrigen Schulgebäuden einfügen. Grundsätzlich bleibt ein etwas schlechtes Gefühl zurück, wenn man sich vor Augen hält, wie lange nun schon versucht wurde, die dringende Sanierung des alten Schulhauses in Niederwangen in Gang zu bringen und es passiert nichts. Der Zustand des Schulhauses ist schlecht, das attestierte auch Gemeinderat Ueli Studer anlässlich der Dezembersession 2006. Die Gemeinde Köniz soll für ihre Schulen einen guten Ruf haben, denn Schulhäuser haben eine grosse Ausstrahlung.

Herr Bernhard Bichsel (jfk): In meinen Augen kann die Motion in ein Postulat umgewandelt werden. Wenn Sie jedoch an der Motion festhalten wollen, zwingen Sie mich dazu, sie abzulehnen. Der Zeitrahmen ist für mich entscheidend. Es ist doch sinnvoll, die bereits erwähnten 50'000 Franken für Planungsarbeiten in den Investitionsplan aufzunehmen und die entsprechenden Sanierungsmassnahmen in einem Gesamtkonzept zu treffen. Ich bitte Sie eindringlich, der Umwandlung in ein Postulat zuzustimmen.

Herr Christian Balz (FDP): Aus der Antwort des Gemeinderates ist ersichtlich, dass er sich der Notwendigkeit einer Gesamtsanierung des alten Schulhauses Niederwangen bewusst ist. Im Investitionsplan sind bereits 50'000 Franken für Studien und Vorabklärungen eingestellt. Das Gebäude befindet sich in einem nicht sehr guten, aber doch betriebssicheren Zustand und die notwendigen Unterhaltsarbeiten werden periodisch ausgeführt. Die FDP/jfk-Fraktion unterstützt den Antrag des Gemeinderates für die Umwandlung der Motion in ein Postulat. Dadurch ist mehr Zeit für die notwendigen Abklärungen vorhanden. Das Parlament hat jederzeit die Möglichkeit zu verhindern, dass dieses Geschäft auf den Sanktnimmerleinstag hinaus verschoben wird.

Frau Claudia Egli (SP): Seit dem Einreichen meines ersten Vorstosses sind nun fünf Jahre vergangen. Damals wurden die genau gleichen Versprechen abgegeben. Wie es trotz der Versprechen und Abklärungen dazu kam, die Sanierung aus dem Investitionsplan zu kippen, verstehe ich nicht. Ich verstehe diejenigen von Ihnen, die dafür votiert haben, dass die notwendige Zeit für Abklärungen gegeben werden müsse. Jedoch: Wie lange wollen wir denn noch warten? Der Zustand des Gebäudes verschlechtert sich zusehends. Aus dieser Sicht wäre es wichtig, die zwei verbleibenden Jahre für Abklärungen zu nutzen. Diese Zeit ist in meinen Augen ausreichend. Das Geschäft wurde aus finanziellen Gründen auf Eis gelegt und kann nun, aufgrund der finanziell besseren Situation angegangen werden. In meinen Augen ist es schade, wenn die Abklärungen im Ried mit der Sanierung des alten Schulhauses in Zusammenhang gebracht werden. Alle Personen, die im alten Schulhaus tätig sind und dies vor allem für die Gemeinde, haben keine Freude an einer solch langen Dauer für Abklärungen.

Herr Peter Antenen (FDP): Claudia Egli hat gesagt, man habe es bis anhin verschlafen, das alte Schulhaus in Niederwangen zu sanieren. Grund für die Verzögerung ist sicher die schlechte finanzielle Lage der Gemeinde Köniz. In letzter Zeit musste gespart werden und nicht zuletzt deshalb kann der Bilanzfehlbetrag nun bereits Ende 2007 abgebaut werden. Wenn wir jedoch nun bereits wieder ans Geldausgeben denken, ist das in meinen Augen zu früh. Der richtige Weg ist die Umwandlung der Motion in ein Postulat. Damit lassen wir dem Gemeinderat die Option offen, alles seriös zu prüfen und abzuklären. Die Aufrechterhaltung des Postulates scheint mir der einzig gangbare Weg zu sein. Eine Motion ist für den Gemeinderat verpflichtend. Was genau und zu welchen Zwecken saniert werden soll, ist jedoch nirgends genau beschrieben. Deshalb ist eine vertiefte Abklärung vorzunehmen.

Frau Gemeinderätin Judith Ackermann (FDP): Kaum sind die Finanzen der Gemeinde in einem etwas besseren Zustand, will man bereits mit "der grossen Kelle anrichten". Die Sanierung des alten Schulhauses in Niederwangen ist ein grosser Brocken, wir sprechen hier von grob geschätzten 2,5 Millionen Franken. Wir können uns nicht bereits wieder ein derart enges Korsett schnüren, indem wir mit der Motion gezwungen werden, das alte Schulhaus Niederwangen im Jahr 2009 zu renovieren. Wir kennen noch nicht alle Faktoren, welche hier hineinspielen könnten. Vielleicht wird es notwendig sein, das alte Schulhaus noch für andere Nutzungen auszubauen. Aufgrund des guten Rechnungsergebnisses 2006 am selben Abend eine solch grosse Verpflichtung einzugehen, scheint mir ein zu schneller Entscheid zu sein. Sie müssen dem Gemeinderat glauben, dass er die Sanierung des alten Schulhauses in Niederwangen im Investitionsprogramm integriert hat, weil die kritische Situation des Gebäudes ernst genommen wird. Für die Fällung der richtigen Entscheide benötigen wir dazu jedoch etwas mehr Zeit. Wenn wir uns mit der Annahme der Motion gezwungen sehen, im Jahr 2009 die Sanierung angehen zu müssen, binden wir viel Geld, das wir zur Zeit noch nicht so locker ausgeben können. Ich warne sehr vor einem vorschnellen Entscheid und bitte deshalb darum, dem Gemeinderat Glauben zu schenken.

Herr Gemeinderat Ueli Studer (FDP): Sie haben über die verschiedensten Nutzungen des alten Schulhauses in Niederwangen gesprochen. Tatsächlich ist nicht nur Niederwangen allein mit der Situation konfrontiert, dass die Sanierung von Schulhäusern dringend notwendig ist. Die Sanierung kann jedoch angegangen werden, weil übergeordnete Sachzwänge vom Kanton her noch nicht klar sind. So ist z.B. noch nicht klar, wann die Basisstufe genau eingeführt wird. Dieselbe Problematik ist z.B. in Liebefeld und in Wabern vorhanden, wo sich Kindergärten in einem desolaten Zustand befinden. Ich verstehe Claudia Egli, dass sie diesbezüglich ungeduldig wird. Das alte Schulhaus in Niederwangen wird jedoch zurzeit nicht als eigentliches Schulhaus genutzt, sondern durch diverse Institutionen. Zu Marco Streiff, der die Planung im Ried ansprach: Gemeinderätin Katrin Sedlmayer wird die Planung in diesem Gebiet aufnehmen und der Gemeinderat ist der Meinung, einen eventuellen Schulhausstandort im Ried nicht von vornweg auszuschliessen.

Mit 25 : 10 Stimmen bei 2 Enthaltungen fasst das Parlament folgenden

Beschluss

Die Motion Egli-Steiner betr. altes Schulhaus in Niederwangen (0626) wird erheblich erklärt.

11. Motion CVP/EVP/LdU-Fraktion betr. Erotikbetriebe

Beantwortung 0632; Direktion Planung und Verkehr

Herr Rolf Zwahlen (EVP): Ich danke dem Gemeinderat für die positive Stellungnahme und für die klare und kurze Antwort. Ich bin froh, dass die Erneuerung der Motion vonseiten des Gemeinderates nicht als Misstrauen gewertet wird. Wenn der Gemeinderat das Baureglement wie im Vorstoss verlangt, dahingehend ändert, dass Erotik- und ähnliche Betriebe nur noch in der Arbeitszone ohne Wohnanteil erstellt und betrieben werden können, ist der erneute Vorstoss überflüssig, hat jedoch keinen grossen Aufwand oder Schaden generiert. Das Parlament hat im Dezember 2002 - vor knapp fünf Jahren - mit 32 : 0 Stimmen die fast identische Motion (0206) überwiesen. Wenn wir nun heute hoffentlich den Auftrag an den Gemeinderat erneuern, geht es lediglich um eine Bestätigung. Das Parlament erwartet eine klare und konsequente Regelung gemäss dem Vorstoss von 2002. Ich möchte hier nicht noch mehr Aufwand generieren, denn Parlament und Gemeinderat sind sich eigentlich einig. Wie beim Vorstoss betreffend das alte Schulhaus Niederwangen, geht es hier darum, einen Auftrag aufrechtzuerhalten. Ich bitte die Parlamentsmitglieder, die Motion anzunehmen.

Mit 32 Ja-Stimmen bei 5 Enthaltungen fasst das Parlament folgenden

Beschluss

Die Motion CVP/EVP betr. Erotikbetriebe (0632) wird erheblich erklärt.

12. Motion jungfreisinnige köniz (jfk) betr. Anreize energiesparendes Bauen (Baureglement)

Beantwortung 0633; Direktion Planung und Verkehr

Der Parlamentspräsident: Die Geschäfte 10 und 12 sind vom Ablauf her dieselben, der Antrag des Gemeinderates ist jedoch nicht gleich formuliert. Ich bitte den Gemeinderat darum, die Anträge in Zukunft einheitlich zu formulieren.

Herr Bernhard Bichsel (jfk): Ich danke für die positive Aufnahme des Vorstosses. In seiner Begründung schreibt der Gemeinderat: "Da der Gemeinderat gleicher Meinung wie die Motionäre und gewillt ist, das Anliegen zu erfüllen, beantragt er die Umwandlung der Motion und Annahme als Postulat." Dieser Satz hätte nicht geschrieben werden müssen. In der Antwort des Gemeinderates fehlen jedoch handfeste Aussagen, wann und wie die in der Motion verlangten Änderungen der gesetzlichen Grundlagen vorgenommen werden. Die Idee des Vorstosses - energietechnische Anreize zu schaffen, ohne Mehrkosten zu generieren - wird leicht verwässert, wenn der Gemeinderat in seiner Antwort von Anreizen finanzieller Natur spricht. Finanzielle Anreize zu schaffen, war nicht die Absicht der Motionäre. Zurzeit wird bei vielen Planungen darauf verwiesen, die Ortsplanungsrevision abzuwarten. Dieses Argument ist sicher nicht falsch und wir werden den Gemeinderat kontrollieren, ob er die Vorstösse nach dem Vorliegen der Ortsplanungsrevision entsprechend umsetzen wird. Wir können der Umwandlung in ein Postulat und der Annahme unter dem Gesichtspunkt von mehr Handlungsspielraum und für eine sinnvolle Gesamtschau zustimmen. Wir bitten Sie, der Annahme als Postulat zuzustimmen.

Herr Jan Remund (GFL): Für uns Grüne ist vor allem wichtig, dass vermehrt Anreize zum Energie sparen geschaffen werden. Vor allem im Bereich von Gebäuden sind hohe Reduzierungen des CO₂-Ausstosses möglich. Der Weg, dass Bauten, welche den aktuellen Energiestandard unterschreiten, vor einer höheren Ausnutzungsziffer der Parzellenfläche profitieren sollen, ist sicher gut. Wir stimmen mit dem Vorgehensweg des Gemeinderates überein. In den Augen der GB/GFL-Fraktion wäre es besser, die Motion nicht in ein Postulat umzuwandeln. Wir fügen uns jedoch dem Antrag der Motionäre und werden der Annahme als Postulat zustimmen.

Frau Annemarie Berlinger (SP): Die SP-Fraktion wird der Umwandlung in ein Postulat ebenfalls zustimmen. Eine Umwandlung macht hier wirklich Sinn, weil nur so genügend Spielraum bleibt. Bei der Überarbeitung des Baureglementes können verschiedenste Lösungen geprüft und die beste gewählt werden. In meinen Augen ist oft die finanziell beste nicht unbedingt die beste Lösung; ich beachte immer noch andere Kriterien.

Frau Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP): Bernhard Bichsel hat mit seinem Vorstoss offene Türen eingerannt. Ich bin froh, dass die Umwandlung in ein Postulat grosse Zustimmung findet. Somit bleibt dem Gemeinderat ein gewisser Spielraum vorhanden. Offen ist jedoch, ob finanzielle Anreize geschaffen werden sollen. Das Energiegesetz ist in Erarbeitung und wir gehen davon aus, dass wir Möglichkeiten erhalten, Anreize zu schaffen - welcher Art auch immer - im Minergiestandard zu bauen. Du hast erklärt, in der Antwort des Gemeinderates würden handfeste Angaben terminlicher Art fehlen. Das ist richtig. Das Baureglement ist abhängig von der Teilrevision der Ortsplanung, deren Federführung die Planungsabteilung innehat. Wir wollen im Juli oder spätestens im August, dem Gemeinderat einen Terminplan vorlegen, wie es mit der Teilrevision der Ortsplanung weitergehen soll und das Baureglement wird dann der Abschluss dieser Arbeiten sein. Deshalb kann im Moment noch kein genauer Termin genannt werden.

Einstimmig fasst das Parlament folgenden

Beschluss

Die Motion jungfreisinnige köniz (jfk) betr. Anreize für energiesparendes Bauen (Baureglement) (0633) wird als Postulat erheblich erklärt.

13. Interpellation Mark Stucki FDP betr. Verbot elektronischer Geräte auf Könizer Schularealen - nicht durchdachte Hauruckübung?

Beantwortung 0705; Direktion Bildung und Soziales

Herr Mark Stucki (FDP): Handys haben an Schulen im Unterricht und in den Pausen nichts zu suchen, das ist ein klarer Fall. Elektronische Geräte grundsätzlich zu verbieten und eine sinnvolle Nutzung zu verhindern, ist jedoch nicht durchdacht, nicht zumutbar und nicht durchzusetzen. Das haben auch die Schulleiter zur Kenntnis genommen und sind anfangs dieses Monats vernünftigerweise auf ein Nutzungsverbot eingeschwenkt. Jene, welche das Totalverbot erzwingen wollten, haben nun einen gewissen Erklärungsbedarf.

Die Antwort des Gemeinderates beweist für mich drei Dinge: Erstens nimmt der Gemeinderat Anliegen von Parlamentsmitgliedern nicht immer ernst und hat ein Problem mit der politischen Verantwortung. Auf die Frage zur Verhältnismässigkeit - eine Frage die notabene Rechtsprofessor Markus Müller von der Uni Bern stellte - reagiert der Gemeinderat mit keinem Wort. Wenn der Gemeinderat mit dieser Angelegenheit - was ich gut verstehe - nichts zu tun haben will, frage ich mich, weshalb die Zentrale Schulkommission ausgerechnet durch ein Gemeinderatsmitglied präsidiert wird. Gemeinderat Ueli Studer sagte bei der Behandlung des Bildungsreglementes zu dieser Frage: "Bildung ist in einer Gemeinde auch Politik." Damit hat er Recht. Ich erwarte jedoch, dass die Politik ihre Verantwortung auch wahrnimmt. Zweitens ist die erfreuliche und an sich wichtigste Sache festzustellen, dass das Handytotalverbot ad acta gelegt wurde. Ein Nutzungsverbot während der Schulstunden inklusive Pausen ist das Ziel. Diesen Wink hat der Gemeinderat in seiner Interpellationsantwort gegeben und die Schulleiter haben ihn aufgenommen. Könizer Schülerinnen und Schüler können somit auch in Zukunft Handys mit in die Schule nehmen, so lange sie abgestellt und versorgt sind. Ein weitergehendes Verbot wäre den Äusserungen des Gemeinderates diametral gegenüber gestanden. Der Privatbereich vor und nach der Schule ist in der Antwort erwähnt. Die nun gewählte Lösung muss jetzt konsequent kommuniziert und durchgesetzt werden. Drittens ist die Antwort des Gemeinderates leider ein weiterer Akt eines kommunikativen Trauerspiels. Sechs Monate lang wurden Eltern, Schüler, Politik und Öffentlichkeit im wahrsten Sinn des Wortes - ich kann es nicht anders sagen - an der Nase herum geführt und mit keinen oder widersprüchlichen Aussagen verwirrt. Dass ein Totalverbot nicht durchsetzbar ist, hätte von Anfang an gesehen werden können. Es ist ein Musterbeispiel dafür, wie Entscheide nicht zu fällen und zu kommunizieren sind. Man sollte sich an die alte Regel des zuerst Denkens und dann Sprechens halten. Ich erkläre mich von der Antwort teilweise befriedigt.

Da mehr als 10 Parlamentsmitglieder zustimmen, wird die von Frau Anna Mäder beantragte Diskussion gewährt.

Frau Anna Mäder (SP): Dieses Thema beschäftigte mich sehr. Auch wenn zum Schluss erklärt werden kann, Ende gut, alles gut, muss doch klar und deutlich festgehalten werden, dass die Zentrale Schulkommission mit dem grossspurig angekündigten Handyverbot eine nicht durchdachte und meines Erachtens nicht zielführende Hauruckaktion anzettelte. Geradezu peinlich - so meine Meinung - ist, wie danach Schritt für Schritt zurückbuchstabiert wurde, um eine schlussendlich doch akzeptable Lösung zu finden. Insgesamt bin ich auch der Meinung, dass die Antwort des Gemeinderates auf die Interpellation sehr dürr ausgefallen ist und ich kann verstehen, dass Mark Stucki von der Antwort nur teilweise befriedigt ist. So einfach wie es sich die Zentrale Schulkommission vorstellte, geht es nicht. Mit dem im Februar 2007 grossmundig angekündigten Totalverbot wurde ausser medienwirksamen Schlagzeilen nichts bewirkt. Nicht zuletzt infolge politischer Interventionen - ich erinnere daran, dass die SP-Fraktion im Februar eine dringliche Interpellation zum Handyverbot einreichte - wurde bemerkt, dass die Umsetzung des Handyverbotes keine strategische, sondern eine operative Aufgabe ist. Sie gehört somit nicht zu den Aufgaben der Zentralen Schulkommission, sondern auf die Stufe der Schulleitung. Ebenfalls wurde bereits damals bemerkt, dass die Elternräte zu dieser Frage hätten angehört werden müssen. Nun, in einem weiteren Schritt, wurde das Parlament letzte Woche informiert, dass die Frage von Leistungsvereinbarungen zwischen der Zentralen Schulkommission und den Schulkommissionen geregelt sei. Dies dahingehend, dass auf das totale Handyverbot verzichtet wird. Insgesamt kann festgestellt werden: Schön zu sehen, dass diverse politische Interventionen auch etwas bewirken. Ich bin der Meinung, dass der jetzt eingeschlagene Weg richtig ist. Insbesondere bin ich überzeugt, dass ein totales

Handyverbot das Problem in keiner Art und Weise gelöst hätte. Die Schule hätte einzig das Problem auf bequeme Art weggeschoben und man hätte einige Schlagzeilen in der Presse generiert. So einfach geht es jedoch nicht. Handys und die Vielzahl elektronischer Geräte sind ein nicht mehr wegzudenkender Bestandteil unseres Alltages und jenem unserer Kinder. In erster Linie tragen wir Eltern, aber auch die Schulen, die Verantwortung dafür, dass unsere Kinder lernen, verantwortungsvoll mit diesen technischen Mitteln umzugehen. Indem wir alles verbieten, drücken wir uns letztlich um diese Verantwortung. Viel wichtiger ist es, dass wir den Kindern beibringen, wie diese Geräte sinnvoll eingesetzt werden können. Wenn erklärt wird, dass an den Schulen während der Unterrichtszeit keine eingeschalteten Handys geduldet werden, ist das sicher richtig. Wenn sich die Lehrer während des Unterrichtes mit der Frage auseinandersetzen, wie die Handys in der Freizeit genutzt werden und wie nicht, ist das noch viel besser. Noch besser ist es, wenn wir Eltern diese Diskussionen zusammen mit unseren Kindern führen. So können Probleme gelöst werden. Nicht jedoch mit Verboten.

Herr Valentin Lager (CVP): Wir haben bereits längere Zeit darauf hingewiesen, dass im Bildungsreglement nicht klar definiert wurde, was genau auf die strategische und was auf die operative Ebene gehört. Anhand des Handyverbotes wurde dies nun offensichtlich. Ich stelle fest, dass die nun getroffene Lösung materiell als sinnvoll zu qualifizieren ist. In der Strategie und in der Operation ist jedoch noch nicht viel geklärt. Wenn eine Zentrale Schulkommission strategisch erklären muss, dass das vorliegende Problem operativ gelöst wurde, ist dies nicht der Weisheit letzter Schluss. Ich will damit anstossen, dass es absolut nottut, nun genau zu definieren, was strategisch und was operativ ist. Sollte dies bereits definiert sein - was ich von diversen Seiten gehört habe - muss dies der Öffentlichkeit erklärt werden, damit erneute Fehler vermieden werden.

Herr Rolf Zwahlen (EVP): Ich möchte einen kleinen Bogen zum Anfang der Sitzung schlagen, als Hermann Gysel in der Debatte zur Gemeinderechnung 2006 auf den Blick zurück verwies. Es wäre nun wichtig, aus dieser Affäre eine Lehre zu ziehen, zum gemachten Fehler zu stehen und dahingehend zu korrigieren, indem das Bildungsreglement entsprechend angepasst und die Kommunikation verbessert werden.

Frau Liz Fischli (GB): Auch in unserer Fraktion machten wir uns ab und zu Gedanken über das so genannte totale Handyverbot, das nun im Ergebnis ein beschränktes Handyverbot wurde. Das ist, unter Grundrechtsaspekten betrachtet, sicher verhältnismässig. Rechtlich wird dies auch standhalten. Wir können feststellen, dass aus den anfangs gemachten Fehlern im Ablauf gelernt wurde. Die Elternräte wurden - was korrekt ist - miteinbezogen, denn ohne die Unterstützung der Eltern ist selbst ein eingeschränktes Handyverbot nicht durchzusetzen. Auch wenn - wie vorher erwähnt wurde - wahrscheinlich ein Graubereich bestehen bleibt, was operativ und was strategisch ist. Ich habe deshalb an der letzten Sitzung eine Interpellation eingereicht, damit an jenen Erlassen, die in die Zuständigkeit der Zentralen Schulkommission fallen, gearbeitet wird und diese vervollständigt werden. Somit kommt man stets einen Schritt vorwärts und Kompetenzschwierigkeiten werden immer weniger vorkommen.

Herr Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Rolf Zwahlen, ich spreche heute Abend keine Entschuldigung für die Zentrale Schulkommission aus. Das verstehen Sie sicher, denn die Zentrale Schulkommission ist ein Exekutivorgan. Zum Handyverbot gibt es verschiedene Meinungen. Wir versuchten, möglichst klar zu kommunizieren. Alle Eltern und alle Schulkommissionen haben, zusammen mit der herausgegebenen Pressemitteilung, einen Brief in dieser Sache erhalten. Wenn dem nicht so war, kann dies mir noch gesagt werden.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort teilweise befriedigt.

14. Verschiedenes

Folgende Vorstösse sind eingereicht worden:

- 0711 Dringliche überparteiliche Motion betr. Beiträge an die organisierte Kinder- und Jugendarbeit
- 0712 Interpellation betr. Schaffung von Lehrstellen und Praktikumsstellen
- 0713 Dringliches Postulat SP betr. Immissionsmessungen beim Belagswerk Weibel in Oberwangen

0714 Interpellation SVP betr. aktuelle Finanzsituation der Gemeinde Köniz - keine Steuersenkung ohne klare Grundlagen

0715 Dringliches Postulat der SP betr. Vorverkaufsstelle für das Stadttheater Bern in einem öffentlichen Gebäude der Gemeinde Köniz

0716 Interfraktionelle Motion Grüne/jfk betr. Reduktion des Energiebedarfs der Gemeinde um 20 % bis 2022.

0717 Postulat SP betr. Vaterschaftsurlaub für Gemeindeangestellte

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Ergänzend zu meinen Ausführungen anlässlich der letzten Sitzung auf die Frage von Valentin Lagger in Bezug auf die Pandemieplanung, teile ich Ihnen mit, dass sich die Stabsorganisation zur Bewältigung von ausserordentlichen Lagen (Kafkö) regelmässig mit der Thematik Pandemieplanung - Vogelgrippe - befasst. Zudem kann gesagt werden, dass der Pandemieplan vom Kanton nicht völlig an den Gemeinden vorbei erarbeitet wurde. Die Gemeinden waren durch den Verband Bernischer Gemeinden (VRB) vertreten und in die Vorbereitung involviert. Eine Arbeitsgruppe arbeitet nun auf der Basis des Pandemieplanes einen speziellen, auch für Gemeinden relevanten aus. Nach den Sommerferien findet eine Pressekonferenz statt, an welcher der Pandemieplan öffentlich vorgestellt wird. Im Herbst 2007 werden die Gemeinden regionenweise über den Pandemieplan orientiert. Wir werden an diesen Orientierungen teilnehmen und unsere Anliegen, soweit sie nicht geklärt sind, einbringen.

Frau Gemeinderätin Rita Haudenschild (GB): Ich mache Sie auf eine Veranstaltung im August aufmerksam, welche die DUL zusammen mit dem Naturlehrverein Köniztal organisieren wird. Am 24. August 2007 um 19.00 werden wir den Naturpark Köniztal einweihen. Eine schriftliche Einladung wird folgen.

Herr Hanspeter Kohler (FDP): Ich habe eine Frage an Gemeinderätin Katrin Sedlmayer. In der Zeitung "Der Bund" konnte ich einen Bericht über die SP-Tagung "Agglomerationspolitik" lesen. Dort stand Folgendes geschrieben: "Stadtpräsident Alexander Tschäppät plädiert für Wachstum, Genossin Katrin Sedlmayer, Exekutivmitglied in Köniz sagt, es ist nicht schlecht, wenn die Bevölkerung zurückgeht." Die Zunahme der Bevölkerung ist doch Legislaturziel des Gemeinderates von Köniz oder habe ich dies falsch verstanden?

Frau Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP): Diese Frage wurde mit bereits anlässlich der GPK-Sitzung gestellt. Dazu Folgendes: Bei dieser SP-Tagung handelte es sich um eine parteiinterne Diskussion und die Presse war nicht eingeladen. Ein Reporter der Zeitung "Der Bund" nahm trotzdem teil und veröffentlichte den von Hanspeter Kohler genannten Bericht. Der von Hanspeter Kohler zitierte Satz wurde aus dem Zusammenhang herausgerissen publiziert. Meinen SP-Kollegen sagte ich Folgendes: "Ihr seid immer gegen eine Wirtschaft, die nur existieren kann, wenn sie dauernd wächst. Ihr selber fordert Bevölkerungswachstum. Ist das nicht etwas Ähnliches und ist Bevölkerungswachstum wirklich immer gut?"

Herr Hugo Staub (SP): Ich habe eine Frage, die ich gerne an der nächsten Sitzung beantwortet hätte. Heute haben wir unter Traktandum 9 die Motion betr. Alkohol- und Tabakwerbeverbot (0424) abgeschrieben. Es ist durchaus legitim, dass eine "Übung" vorzeitig abgebrochen wird. Das Geschäftsreglement des Parlamentes hält in Art. 62 fest: "Erheblich erklärte Motionen und Postulate werden auf Antrag des Gemeinderates vom Parlament abgeschrieben, wenn sie erfüllt sind oder sich als unerfüllbar erweisen. Der Antrag auf Abschreibung ist zusammen mit einem entsprechenden Sachgeschäft zu stellen und zu begründen." Ich wäre froh um eine Antwort, wie sich das Parlament in Fällen, wo ein vorzeitiger Übungsabbruch sinnvoll sein kann, verhalten soll. Oder ob ich Art. 62 falsch verstehe.

Frau Stephanie Staub (SP): Im Zusammenhang mit dem Verwaltungsbericht 2006 möchte ich noch einen späten Dank anbringen. Ich bin Kommissionsmitglied der GPK und als Vorstandsmitglied des Buchsee-Landorf-Leistes in verschiedenen Kommissionen tätig. In diesen Funktionen arbeite ich vor allem mit der Direktion Planung und Verkehr zusammen. Anlässlich der Kommissionsarbeiten kann ich feststellen, dass die Kommissionen von der Verwaltung ernst genommen werden, man hört auf sie und bringt deren Vorschläge in die weitere Planung ein. Ich schätze sehr, dass die Kommissionsarbeit vonseiten der Verwaltung geschätzt wird. Herzlichen Dank für alles.

Der Parlamentspräsident: Liebe Anita, anlässlich der letzten Sitzung habe ich es angekündigt, nun ist es Tatsache. Die heutige Parlamentssitzung ist deine letzte bei uns. Ich danke dir für deine Unterstützung bei den Sitzungsvorbereitungen und während der Sitzungen. Ich danke dir dafür, dass du uns alle als "Heinzelfrau" immer mit den wichtigen Informationen beliefert hast. Ich wünsche dir im Namen von allen Parlamentsmitgliedern einen guten Start in Oberbalm. Solltest du irgendwann einmal "Längizyti" nach uns haben, die Parlamentssitzungen sind öffentlich. Ich übergebe dir eine Auberginenpflanze, welche dir diesen Sommer möglichst viele Auberginen zum Verzehr liefern soll. Damit du mit den Auberginen einen guten Salat zubereiten kannst, erhältst du noch je eine Flasche Essig und Oel. Essig, damit dir die letzten Stunden in Köniz nicht allzu sauer aufstossen und Oel, damit der Übergang reibungslos klappt. (*Applaus*).

Frau Anita Fehlmann (Parlamentssekretärin): Heute sass ich das letzte Mal als Parlamentssekretärin im Parlamentsbüro. Ich möchte den Link zur Antrittsrede von Ignaz Caminada anlässlich seiner Wahl als Parlamentspräsident machen, als er sagte, der eine rutscht nach links, die andere nach rechts. Ich rutsche nun heraus.

Der Parlamentspräsident: Die nächste Sitzung findet am 27. August 2007 um 19.00 statt. Der nächste Termin ist allerdings bereits eine Woche früher. Am 20. August 2007 um 19.00 wird eine Informationsveranstaltung über das Paket IAFP (Integrierte Aufgaben- und Finanzplanung) stattfinden. In der Zwischenzeit erstellte der Gemeinderat seine Geschäftsplanung von August bis Dezember 2007, wofür ich ihm danke. Im zweiten Halbjahr werden regelmässig Parlamentsgeschäfte zu beraten sein. Aus diesem Grund ist davon auszugehen, dass alle geplanten Parlamentssitzungen auch stattfinden werden. Ich wünsche uns allen eine sonnenreiche, erholsame Sommerzeit.

Schluss der Sitzung um 23.15 Uhr

Für das Protokoll: Ruth Spahr

Im Namen des Parlamentes

Der Präsident	Die Sekretärin
---------------	----------------

Ignaz Caminada	Anita Fehlmann
----------------	----------------